

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

200 (26.7.1924) 1. und 2. Blatt

Badischer Beobachter



62. Jahrgang

Karlsruhe, Samstag, den 26. Juli 1924

1. Blatt Nr. 200

Die Londoner Konferenz.

Der Konferenzverlauf des Donnerstag.

Paris, 25. Juli. Die Führer der fünf Delegationen sind gestern vormittag um 1/2 11 Uhr zu einer Besprechung des rheinischen Schrittes zusammengetreten. Sie dauerte bis 1/2 1 Uhr. Man sieht voraus, daß auch in den nächsten Tagen ähnliche Besprechungen abgehalten werden. Nach dem Londoner Tempokorrespondenten hat die gestern stattgefundenen Aussprache, die einen herrlichen Verlauf genommen haben soll, der Erörterung der Maßnahmen gegolten, die ergriffen werden, sobald die juristische Kommission eine eventuelle Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz eingebracht hat. Diese Frage soll von der Kommission bekanntlich in der Form eines Gutachtens entschieden werden, das angibt, ob zwischen dem Dawesbericht und dem Versaillesvertrag Differenzen bestehen. Gestern nachmittag veranfaltete der König im Badingampalast ein Gartenfest zu dem die fremden Minister und hervorragende Mitglieder der Delegation geladen waren. Die zweite Kommission hat gestern nachmittag 1 Uhr ihren Bericht über die Umstellung der Pfänder erneut durchgesehen. Man nahm an, daß er noch im Laufe des gestrigen Tages seine endgültige Fassung bekommen würde. Die Frage der Sicherheit der Befugnisgruppen ist bekanntlich von der Kommission zurückgestellt worden. Die dritte Kommission tritt heute zusammen. Am Samstag wird Herriot der Flottenschau in Spithead beiwohnen.

Neue Bedingungen der amerikanischen Finanz an Frankreich.

New York, 25. Juli. In finanziellen Kreisen und auch in einem großen Teil der politischen Kreise äußert man sich ziemlich ungelassen über die Stellungnahme Herriot in London und greift die Haltung Frankreichs in der Frage der Schuldreue hart an. Herriot wird, falls es in London schief geht, für alles weitere verantwortlich gemacht. Die Skepsis der Finanzkreise wächst und es werden unabänderliche auf Frankreich gemünzte Voraussetzungen für die Anleihe aufgestellt:

1. Frankreich soll alle Sicherungen und Sanktionen in Deutschland unterlassen, da dieses sonst nicht kreditfähig ist;
2. Der Dawesplan stellt in seiner augenblicklichen Form das äußerste Zugeständnis an Frankreich dar;
3. Sicherungen gegen einen neuen Krieg;
4. Die Reparationsfrage muß augenblicklich den Völkern entwunden und einem internationalen Komitee unterbreitet werden;
5. Der Zweck der Anleihe muß genauestens umschrieben werden;
6. Hypothekensicherungen im Falle einer deutschen Verarmung.

Die Taktik Amerikas.

New York, 25. Juli. United Press zufolge legt sich das Staatsdepartement in der Beurteilung der Londoner Besprechungen nach wie vor die größte Zurückhaltung an. Die Washingtoner Regierung wünscht offenbar im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen sich keine Mißgeburten zu geben und vermeidet es daher, dem Gedanken der Mitarbeit Amerikas an der Lösung der europäischen Probleme Raum zu geben. Die Taktik des Staatsdepartements beschränkt sich darauf, die Ergebnisse der Londoner Konferenz vorläufig abzuwarten und für den Fall eines positiven Ausgangs von der öffentlichen Meinung die moralische Unterstützung zu einer offiziellen Mitarbeit zu verlangen und andererseits darauf, jede Verantwortung für einen Fehlschlag von vornherein abzulehnen. Der Standpunkt des amerikanischen Präsidenten und des Staatssekretärs Hughes entspricht, wie die United Press betont, der von den Finanzkreisen vertretenen Auffassung, sowohl hinsichtlich der Sicherstellung der Anleihe, wie auch im Hinblick auf das Prinzip auf jede Einmischung zu verzichten.

Der Bericht der juristischen Kommission.

Paris, 25. Juli. Der Unterausschuß der zweiten Kommission hat gestern nachmittag in London die Abfassung seines Berichts zu Ende geführt. Der Unterausschuß der dritten Kommission hat mit seinen Arbeiten entsprechend den vorgefertigten von der Konferenz erteilten ausgedehnten Vollmachten begonnen. Was die Berichte der juristischen Kommission anlangt, so vernimmt man, daß sie heute bereits ihren Bericht zu Ende führt und die Antwort auf die gestellten Fragen festlegen wird.

Was ein Reporter zu berichten weiß.

London, 25. Juli. Eine ganz eigenartige Szene spielte sich gestern nachmittag ab. Als mittags nach erfolgtem Bericht, Franzosen und Bankiers zu einer Einigung zu bringen, Herriot und Macdonald den Konferenzraum verließen, begleitete Macdonald Herriot und Rheinisch. Herriot sah sehr niedergeschlagen aus. Im ersten Gespräch gingen sie weiter, bis sie sich auf dem lebhaftesten Verkehrspunkt der Herzen der Stadt befanden. Unter der Nelsonsäule machten sie Halt und debattierten hier lebhaft. Die Konferenz der drei Ministerpräsidenten in dieser Konferenz der drei Ministerpräsidenten in einer der belebtesten Straßen dauerte fast eine Stunde. Herriot stand gestern auf dem Standpunkt,

Ein Willkommen dem badischen Jungzentrum!

Zum vierten Male seit dem Ende des Krieges — zum zweiten Male in der Landeshauptstadt — treten die Vertreter des badischen Jungzentrums zu erster badenländischer Arbeit für die nationale Zukunftsgestaltung zusammen. Es lebt in ihnen der begeisterte Eifer und die Lust, die nationale Zukunftsgestaltung zu erfassen und sie in ihrer spezifisch eigenen Weise, gepfeilt aus der allumfassenden, einzig konsequenten katholischen Weltanschauung aktiv zu gestalten.

Karlsruhe, Freiburg, Karlsruhe waren die bisherigen Tagungsorte, jeder von ihnen bildet einen Markstein in der Aufwärtsentwicklung der Jungzentrumsbewegung, die in harmonischer Weise eine glückliche Lösung zwischen individuellen Eigenwillen und Führerautorität, wenigstens bei uns in Baden erfolgreich zu finden bestrbt war. Auf jeder dieser Tagungen kamen andere Probleme zur Behandlung. Zunächst organisatorische Zielbestimmung, dann innere Vertiefung, ideelle Zielsetzung und deren Abgrenzung. Beides ist in den Grundzügen nahezu fest urwissen, die heutige Tagung in Karlsruhe wird eine weitere Klärung, eine einheitliche politisch-konkrete Zielsetzung, einen mächtigen Impuls zur weiteren Arbeit bringen. Und Arbeit ist das Signum der Jungzentrumsjugend. Es ist nicht die Jugend, die sich absondert, sich vergräbt, große Ideale für sich im stillen Kämmerlein, im rauschenden Walde, im sonnenhellten Sommerflur träumt und innerlich allein ihnen lebt. Sie ist die Jugend, die von einer gestifteten christlichen Weltanschauung aus praktische Folgerungen für das Gesellschaftsleben zieht, die das heutige amorphe Zusammenleben der Menschen und der Staaten organisch durch den Geist lebendigen, das heißt sozialen Christentums nach den Lehren der Päpste wieder aufeinanderbinden will. Ihre Liebe zum deutschen Vaterlande ist durch den warmen und hellen Klang ihrer Religion veredelt, veredelt, sie will, da es nun einmal der Wille des göttlichen Schöpfers ist, daß die Menschen in Staaten geordnet zusammen-

leben, diesem Dienst am Staate ihre ganzen jugendlichen Kräfte zur Verfügung stellen. Die Jungzentrumsjugend hat begriffen, daß dieser Dienst am Staate, die Pflege staatsbürgerlicher Gesinnung eine kategorische Pflicht auch für die Jugend, ganz im besonderen für die religiös eingestellte Jugend bildet. Mit tiefer Befriedigung und innerer Freude schaut sie hin auf das Wirken der religiösen Jugendverbände im weiten deutschen Vaterlande dieser grundlegenden Gesellschaftsarbeit für die Zukunft und ist bestrebt und muß vielleicht noch mehr bestrebt sein, dort selbstlos mitzuarbeiten. Hier sind die Bundes-, Weg- und Kampfgenossen, die soziale und politische Not des deutschen Vaterlandes, der deutschen Republik, schafft aber für die staatsbürgerliche Betätigung der Jugend eine ganz besondere Notwendigkeit.

Die Einladung an Deutschland.

Berlin, 25. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags fand im Reichstag eine kurze Beratung der Reichsminister statt, in der offenbar die Ansicht, daß eine politische Debatte im Augenblick nichts schaden könnte, sobald sich die meisten Parteien auf kurze Erklärungen beschränken werden, nicht ganz durchgekommen ist. Die Einladung der Londoner Konferenz wird bei den maßgebenden Stellen erst für Anfang nächster Woche erwartet, da sich inzwischen herausgestellt hat, daß das Ergebnis der Besprechungen des juristischen Ausschusses in London zunächst durch die Vollkonferenz gebilligt werden muß. Mit besonderem Nachdruck wird aber darauf hingewiesen, daß die französisch-belgische Ansicht, auch nach Liquidation der Regie fremde Eisenbahnen im deutschen Betrieb zurückzulassen, gänzlich un durchführbar sei.

Die Kompromißformel für die Sanktionen.

Paris, 25. Juli. In den Verhandlungen über eine Kompromißformel für den § 4 ist ein Ausweg leicht bis her nicht gefunden worden. Wie verlautet, ist gestern Mittag ein neuer Vorschlag gefunden worden, der sich auf der Linie des letzten belgischen Vorschlags bewegt. Nach dem Bericht Parisien geht er dahin, daß, wenn eine Macht andere Sanktionen ergreifen würde, als sie vom Fünfmännerausschuß, der aus den Sachverständigen des früheren Daweskomitees und des Mac Kennas-Komitees gebildet werden soll, empfohlen werden, diese durch die Anleihepfänder gefährdet würden, diese Macht nicht nur die Garantien für den Pfänderdienst, sondern auch die Niederstattung des Kapitals selbst übernehmen müsse. Es ist nicht bekannt, wer der Verfasser dieser Kompromißformel ist, doch dürfte sie aus den Kreisen der belgischen Kommission stammen.

Die Bankiers haben erklärt, sie könnten sich mit einem solchen Kompromiß nicht einverstanden erklären und würden nur eine Gesamtgarantie sämtlicher verbündeter Staaten gelten lassen. Nach einer anderen Meldung des Parisien wird man auf den ersten Vorschlag des belgischen Ministerpräsidenten zurückgreifen. Entspräche an besten dem Buchstaben des Vertrages und werde wohl auch am besten den Forderungen der englisch-amerikanischen Finanzwelt gerecht. Dieser Vorschlag besagt bekanntlich, daß die Reparationskommission ihre Vollmacht zur Feststellung etwaiger früherer Sachverständigenkomitees zusammengefügten Fünfmännerausschusses überträgt, oder daß sie

natürlichen Verlauf der Dinge erfolgen. Das britische Weltreich sei auf einen unbefruchteten gegenseitigen Schutz seiner ganzen Beschaffenheit nach eingerichtet. Der vorgeschlagene Garantiepakt jedoch werde diese Schutzeinrichtungen des britischen Weltreiches beeinträchtigen, da er die Welt in Kontinente teile. Auf jedem Kontinent befänden sich Teile dieses britischen Weltreiches, so daß die künftlichen Garantiebefestimmungen des Völkerbundes hier störend einwirken müßten. Großbritannien könne keine Politik auf solcher Grundlage verfolgen, und da es gegenwärtig das mächtigste Instrument in der Friedenspolitik der Welt darstelle, müsse der Völkerbund die schwerwiegende Wirkung seines Garantiepaktes aus eigenem Interesse selbst aufheben. Der Völkerbund habe vergeblich einen neuen Geist in der Gemeinschaft der Nationen zum Siege verholfen. Er unternehme Dinge, die keine andere Körperschaft unternehmen könne. Wenn dieser neue Geist sich als beständig erweisen würde, würden die Völker aus sich heraus zu der Ueberzeugung kommen, daß die Betätigungen und ebenso die geschäftlichen Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Nationen abgebaut werden müßten. Die Christenheit werde sich schrittweise in dem Maße durchsehen, wie dieser neue Geist die Oberhand über die Mentalität der einzelnen Völker gewinne. Derartige Arrangements, wie sie zum Beispiel die kleine Entente getroffen habe, würden zweifellos in dem Augenblick, wo es notwendig werde, erweitert werden.

Die Freitagssitzung des Reichstags.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juli. Nachdem gleich zu Anfang der heutigen Sitzung im Reichstag der übliche „Straß“ glücklich überstanden war, holte man verschiedene Einzelberatungen und Abstimmungen über sozialpolitische Anträge nach, die gestern nicht erledigt werden konnten. Dieser Teil der Sitzung brachte kaum etwas Neues zutage, doch nahm die Debatte hierüber und über die Frage der Aufhebung des Disziplinerverfahrens gegen den Nationalsozialisten Fried eine ganze Menge Zeit in Anspruch, so daß es beinahe 6 Uhr war, als der Votetakt und damit die von der Opposition beabsichtigte außerpolitische Aussprache in Angriff genommen werden konnte. Die Reichsregierung und die Koalitionsparteien hätten es am liebsten gesehen, wenn man von der Londoner Konferenz, deren Arbeiten noch völlig im Fluß sind, überhaupt nicht geredet hätte. Aber die Opposition, sowohl der „Nationalen“ wie der „Kommunisten“, wollte nicht darauf verzichten, sich in Szene zu setzen. Der Regierung und den Mehrheitsparteien blieb deshalb nichts anderes übrig, als wenigstens dafür zu sorgen, daß die morgige Debatte möglichst wenig außerpolitischen Schindens anrichten konnte. Deshalb gab im Namen der Koalitionsparteien der Finanzminister Herr von Helldorf eine noch kurze Erklärung ab, die das Unzumutbare der außerpolitischen Aussprache noch einmal hervorhob, im übrigen aber in sehr prägnanter Form die außerpolitischen Wünsche und Forderungen der Mittelparteien zusammenfaßte und der Reichsregierung tatkräftige Unterstützung bei der Verwirklichung ihres Programmes zusprach. Es folgte eine noch kurze Erklärung des Reichsfinanzministers Marx, die unter Berücksichtigung der ungelärten außerpolitischen Situation und unter Hinweis auf die früheren Regierungserklärungen, an denen sich nichts geändert habe, es ablehnte, sich in eine nutzlose außerpolitische Debatte einzulassen. Man fehlte nur während der Abgabe seiner Erklärung den Völkischen und Deutschnationalen mehrfach durch wenig geistreiche Zwischenrufe unterbrochen, die sogar den greisen Professor Kahl von der Volkspartei veranlaßte, das Benehmen der Reichsrodikalen als unerhört zu bezeichnen. Die Mehrheit des Reichstages sollte sowohl der Erklärung der Koalitionsparteien wie der ganzen Erklärung des Reichsfinanzministers lebhaften Beifall. Dann erhielt die Opposition das Wort!

Zunächst der deutschnationalen Hrn. Berndt, dann Herr Scheidemann für die Sozialdemokraten, dann der Kommunist Rosenberger und der Nationalsozialist Graf Reventlow. Weder die deutschnationalen, noch die kommunistischen, noch die deutschvölkischen Monologen kann man selbst beim besten Willen als außerpolitische Debatte bezeichnen. Sie alle waren zu sehr von reinem Partisanenbedürfnis beherrscht und fanden zu den politischen und rednerischen Ausnahmen ein viel zu niedriges Niveau. Wahrhaftig, diese Debatte war ebenso überflüssig wie überhaupt die ganze gegenwärtige Tagung des Reichstages im Angesicht der Londoner Konferenz. (Sitzungsbericht siehe 3. Seite.)

Heute Verlesung!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juli. Die Debatte zum Votetakt, die heute abend begonnen wurde, dürfte im Laufe des morgigen Tages zu Ende geführt werden, so daß der Reichstag zur Erledigung der mit dem Dawesgutachten zusammenhängenden Gesetzentwürfen notwendig sein werden. Wenn der Zusammentritt erfolgt, kann heute noch nicht gesagt werden, da alles zunächst von dem Verlauf der Konferenz abhängt.

es auf der Einholung eines konsultativen Gutachtens bewenden läßt, bevor sie selbst zu Bestimmungen der deutschen Verfassungen schreitet.

Gedrückte Stimmung in Paris.

Paris, 25. Juli. In offiziellen Kreisen in Paris wird zugegeben, daß die Londoner Konferenz sich eventuell bis über die ersten Augusttage hinziehen wird, da Herriot, wie nunmehr feststeht, nicht beabsichtigt, London vor dem Ausgang der Wahlen zu verlassen. Es ist möglich, daß der für den 21. Juli festgesetzte Zusammentritt des Parlamentes auf ein späteres Datum verschoben wird. Die Stimmung in Paris ist sonst ziemlich gedrückt. Die letzten Londoner Meldungen lassen keinen Zweifel, daß die englisch-amerikanischen Bankiers an ihren Forderungen sehr zäh festhalten.

Deutschlands Zahlungen während der Uebergangsperiode.

Paris, 25. Juli. Wie von maßgebender Seite erklärt wird, hat § 4 eine wichtige Abänderung erfahren. In seiner vorliegenden Fassung belagert er, daß Deutschland während der Uebergangsperiode vom 15. August bis 15. Oktober nur einen Betrag zu bezahlen braucht, der zwei Prozent von der im Sachverständigenbericht vorgesehenen Jahresleistung ausmacht. Dieser Betrag wird dem Agenten für die Reparationszahlungen ausbezahlt und zur Finanzierung der Naturalleistungen verwendet werden.

Die Endziffer der Reparationssumme.

London, 25. Juli. In den Kreisen der Alliierten wird behauptet, daß Amerika nach dem Ablauf des Gentlemen-Abkommens über die Vertagung der Regelung der interalliierten Schuldentragung auf eine bestimmte Anzahl Jahre, wenn die Schuldentragung eine endgültig geklärt sei, auch den Wunsch habe, daß gleichzeitig die Endziffer der Reparationssumme Deutschlands festgesetzt werde, damit der Rest der deutschen Schuldenverbindlichkeiten durch eine große internationale Anleihe abgelöst werden könne.

Balfour für die Politik Macdonalds.

London, 25. Juli. In der gestrigen Abstriftungsdebatte im englischen Oberhaus unterstützte Lord Balfour die Haltung der englischen Regierung gegenüber dem gegenseitigen Garantiepakt des Völkerbundes. Nichtsdestoweniger äußerte er aber die Befürchtung, daß die Zusammenberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz heute noch verfrüht sei, da keine der bestehenden Großmächte über einen ausgereiften Abrüstungsplan verfüge, der Aussicht haben könne, von einer solchen Weltkonferenz angenommen zu werden. Der Garantiepakt des Völkerbundes sei ein Versuch, einen Vertrag durch einen anderen zu jütten. Wenn alle Unterzeichner dieses Paktes dem Völkerbund angehörten und im vollen Geiste dieses Paktes in Zukunft handeln würden, so würde allerdings keine Kriegsgefahr mehr bestehen und die Abrüstung würde von selbst im

ut, gesund, trok-
7.75 GM, Wei-
0; alles per 100
Getreide ohne
ne: Die Weine-
re Geschäfte von
nicht zustande,
are sind fest, die
gen grosses An-
L. Tee, gut 8.80,
alles per Kilo ver-
GM, Kaffee, ge-
nt, billigste Mi-
mareis 0.38 GM,
Perlböhen 0.50,
65 GM, alles
Sack 76 GM.
Pforzheimer
ein Pfund Le-
Pfg., bei Rindern
II. 26-35, bei
e Kälbern 40 bis
Nur bei Schwei-
auf dem Schlacht-
zahl: für Och-
2, bei Faren 38
den 55-57 und
farkverlauf war
24. Juli. Ein
ll. Brief, ein Kilo
Brief, ein Gramm
rief.
uer. Gegen die
ustrie untragbare
ozent des Fabrik-
lichkeit der Zukun-
Zuckerindustrie
geworden. An-
sei die unerläss-
s stocken ein-
ben an die zuns-
ndirektorium mit
Steuerkredit für
Freigabe der
eines Schutz-
führten Auslands-
land. Die Groß-
im-Neckarau und
elektrotechnischer
n haben auf 9.
einberufen, worin
äre und über die
luss gefasst wer-
elwerke soll auf
ieder um 200 000
ktion erhöht wer-
at das Grundkapit-
es sodann um
Stammaktien. An
in Schwierigkeit
e U. Co. in Es-
ng. Nach dem
Aktienposten der
übergegangen.
1921 in eine A.-G.
nährärztliche und
man erst jetzt aus
in Reichsanzei-
völlig in ameri-
e 25 Papiermillio-
kaner ein gutes
heim. Der ersten
im Februar v. J.
gegründeten Ge-
pitals auf 100 000
a. b. h. Nach dem
berückung der Bank
ngen. Der Rein-
rk.
nk A.-G. in Stutt-
ion der Verkehrs-
Verkehrsre-
ter 31. Dezember
nen wurden BM.
BM. 75 Reinge-
M. 46 977, Bank-
BM. 6 249.
dingen. Die im
egründete Gesell-
schmiede) setzte
und überwies der
Der rheinisch-
Zementpreis für
525 Mark herab-
Butter im Gross-
markt Weichkäse
abringen, konsum-
auf 1.10-1.30
nsurareite zu 1.15
5. Juli. Angefa-
Läuter; verkauft
Läuter; höchster
äußigster Preis 76
bezw. 28 Mk. —
markt 181 Stück
Eure Presse!
r Heumanns
l Mittel
berättig im Alleindepot
tionale Apotheke
Fritz Lindner)
Kaiserstr. 90, Tel. 438
se Pfarrer Heu-
nn-Buch
Abbild. erhält jede
ine Adresse ein schick
ra L. Heumann & Co.
gratis und franco zug-
Postkarte genügt

Im Dienste der Ausgewiesenen und Zurückkehrenden.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Der 17. Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete nahm in seiner Sitzung vom 23. Juli zunächst Stellung zu einem Antrag der Demokraten, welcher den Besetzten Gebieten in deren Beförderungsverhältnissen infolge der Störungen im Verwaltungsapparat und durch Ausweisungen erwachsen sind. Die aus diesen Ursachen Geschädigten sollen durch Annahme obigen Antrags wieder zu ihrem vollen Rechte kommen. Sodann fand ein Antrag Kroll, Hofmann-Ludwigshafen, Moldenhauer Annahme, mit folgendem Wortlaut:

Der Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlöchen:

1. Den Ausgewiesenen sind die Kosten des Transportes der Möbel und so weiter in vollem Umfang zu ersetzen, soweit Ausgewiesene zurückkehren. (Sowohl für Ausreise, wie für Heimkehr.)
2. Soweit Ausgewiesene nicht zurückkehren, sollen die Kosten, die bei der Ausweisung entstanden sind, ersetzt werden, wenn die Ausgewiesenen bedürftig sind.

Man sieht aus den Darlegungen, wie die alte Angst vor dem Zentrum von den national-liberalen Lager stammenden demokratischen Konvertiten aus dem Vaterhaus mitgenommen und bis zur Stunde treu gehegt worden ist. Es hätte für die Demokratie eine Möglichkeit gegeben, das Herzleid von sich fern zu halten. Sie hätte anno 1921 nur ihren Bestehen zu wahren oder auch nur mit anständigem Erfolg aus der Wahlklausel heimzuführen brauchen und das Leid wäre ihr am Ende erspart geblieben. Doch die Sache ist erledigt. Allein auch so gibt es Mittel gegen den Schmerz. Wenn die Demokratie ihre aus Wohnverstellungen flammende Angst wegnehmen will, dann möge sie doch einmal die Phantasiegebilde erlösen durch die reale Wirklichkeit. Das Lob, das heute dem Herrn Dr. Engler als „dem aufrechten und konsequenten Vertreter freier Anschauungen“ gesungen wird, ist Tendenz und verfolgt bestimmte Zwecke im Schöße der Sozialdemokratie. Daß man dort die Sache nicht merkt, ist für uns ausgeschlossen! Es gibt auch Schüsse, die hinten hinaus losgehen und den Schützen treffen.

Die Demokratie hätte allen Grund, zu erwägen, ob sie mit ihrer Stärke von 7 Köpfen und im Besitze eines der wichtigsten Ministerien nicht weit mehr „Einfluß in der Regierung“ besitzt, als ihr kraft dieser ihrer Stärke zustünde. Wenn sie diese Frage bejahen muß und sie müßte sie auf Grund der realen Tatsachen bejahen, dann darf sie das Zentrum so lange in Ruhe lassen, bis auch bei ihr Einsitz und Verantwortungslast in ein gerechteres Verhältnis getreten sind. Wir möchten jedoch auch ohne weiteres annehmen, daß die Demokratie in ihrem Minister Dr. Hellpach einen „besonders aufrechten und konsequenten Vertreter freier Anschauungen im Kabinett“ besitzt und damit Gemäße für die entsprechende Vertretung ihrer „freier Anschauungen“ oder auch der aus der Zentrumsangst geborenen Belange hat.

Man hat die Demokratie noch einen anderen Schmerz. Die „Deutsche Volkspartei“ und die „Deutschnationalen“ haben bekanntlich einen Antrag eingebracht, gelegentlich des Abbaues des Arbeitsministeriums die ganze Wohlfahrtspflege dem Justizministerium zuzuführen und es so zum „Wohlfahrtsministerium“ auszubauen. Nun wird das Justizministerium von dem Zentrumsmann Trunt verwaltet. Da kann man begreifen, daß derlei Anträge für einen badiischen Demokrat Vorkommnisse und Verzweiflungen verursachen. Bei den Deutschnationalen versteht die Demokratie noch das Vorgehen, „daß aber auch die Deutsche Volkspartei, die sich doch so gerne, wenn auch mit Unrecht als Nachfolgerin der früheren nationalliberalen Partei bezeichnen, an dieser Aktion sich beteiligt, ist eine jener Unbegreiflichkeiten, an denen die Politik der Deutschen Volkspartei in Baden nicht gerade arm ist.“ So die Demokratie! Das Ziel der ganzen Wothie sieht die Selbsteigenschaft darin, man habe das Zentrum damit „aus der jetzigen Regierungskoalition herauszulocken und für den berühmten Bürgerblock gewinnen“ wollen. Wenn diese Absicht wirklich bestanden hätte und wenn die Demokratie eine derartige Entwicklung verhindern wollte und will, dann sind ihre Artikel für den Zweck, was das Scheidewasser für das organische Leben. Schwäbisch wäre ein Superlativ am Platze.

Baden.

Allerlei politische Erörterungen im Anschluß an die Aufhebung des Arbeitsministeriums.

Es ist erfreulich, daß eine Maßnahme von der Bedeutung der Aufhebung des Arbeitsministeriums politische Wellen werfen kann. Tatsächlich finden solcherlei Erörterungen in der Presse auch statt; leider sind sie nicht gerade ausgezeichnet durch politische Großzügigkeit und solche Sachlichkeit. Wenn man die Bedeutung des Spareffektes in Abrede zu stellen unternimmt, so zeigt das nur die geringe Vertrautheit mit dem gesamten Gegenstand! Von der Ferne, besonders von Berlin aus läßt sich das auch schon weniger beurteilen. In bestimmten Zentrumskreisen sollte man hinsichtlich dieser Seite der Sache schon einiges Vertrauen dem Urteil der Fraktion entgegenbringen. Selbst wenn jedoch der Spareffekt nicht von Erheblichkeit wäre, er ist es aber, dann dürfte ersten Zentrumsleuten auch die moralische Seite, daß neulich auch in der Spitze der Seeresverwaltung abgebaut wird, nicht gleichgültig sein. Wer jedoch die Frage näher kennt, der weiß, daß die Wahrnehmung der sozialen Belange in der Neuordnung entsprechend ihrer erhöhten Bedeutung nicht benachteiligt wird. Das badiische Zentrum hat nach der Richtung absolut nicht verlagert. Das dürfte man auch in bestimmten führenden Kreisen der christlichen Arbeiterchaft wissen. Artikel wie der vom letzten Freitag im Beobachter und der im Deutschen Nr. 171 vom 23. Juli erscheinen so als abwegig. Etwas mehr Erinnerung an das Grundfalsche und Gemeinliche würde vor solchen Erscheinungen bewahren.

Eine ganz eigene Rolle in der Frage spielt die demokratische Presse. Das Heidelberger Tagblatt in Nr. 16 vom 21. Juli und die Neue Badische Landeszeitung Nr. 369 vom 22. Juli, beide Organe der Demokratie, spielen sich heute als Kletterinnen des Kapitales auf, freilich erst jetzt, nachdem die Aufhebung des Arbeitsministeriums geschehen ist. Die Demokratie sieht „politische Konsequenzen“. Diese beschreibt sie also:

„Durch das Ausscheiden Englers aus dem Kabinett wird der nicht zum Zentrum gehörende Flügel der badiischen Regierung bedeutend ge-

schwächt, auch wenn dies zahlenmäßig nicht in Erscheinung tritt. Man will diese Schwächung des nicht zum Zentrum gehörenden Flügels bekanntlich dadurch kompensieren, daß man einen Staatsrat des Zentrums ausschließt. Aber das bedeutet doch nur, daß das Kräfteverhältnis innerhalb der Koalitionsregierung künftig zahlenmäßig das gleiche sein wird wie bisher (seit 4 Zentrumsmitgliedern zu 4 Nichtzentrumsmitgliedern, künftig 3 zu 3). Aber nur rein zahlenmäßig. Ein Ressortminister bedeutet in einer Regierung weit mehr als ein Staatsrat — zudem, wenn der letztere nicht am Regierungssitz wohnt und nur zu wichtigen Abstimmungen nach Karlsruhe kommt. Demgemäß kann der Verlust auf der einen Seite nicht durch den Austritt eines Staatsrats von der anderen Seite ausgeglichen werden. Dazu kommt, daß Engler ein besonders aufrechter und konsequenter Vertreter freier Anschauungen im Kabinett ist, eine Tatsache, die den Eifer des Zentrums im Betreiben des Abbaues des Arbeitsministeriums hinreichend erklärt. Politisch gesehen können wir somit an der Aufhebung des Arbeitsministeriums keine Freude haben. Das Zentrum dagegen darf sie als Erfolg buchen. Sein Einfluß in der Regierung ist gewachsen und es hat auf seinem mit sehr viel Mühe und Energie fortgesetzten Vormarsch eine weitere Etappe erreicht. Darüber dem Zentrum einen Vorwurf machen zu wollen, wäre töricht. Aber vielleicht hätte durch eine geschicktere Taktik Veränderungen für diese mehr erreicht werden können. Jetzt ist es freilich für dieselbe rückwärtende Betrachtungen zu spät.“

Man sieht aus den Darlegungen, wie die alte Angst vor dem Zentrum von den national-liberalen Lager stammenden demokratischen Konvertiten aus dem Vaterhaus mitgenommen und bis zur Stunde treu gehegt worden ist. Es hätte für die Demokratie eine Möglichkeit gegeben, das Herzleid von sich fern zu halten. Sie hätte anno 1921 nur ihren Bestehen zu wahren oder auch nur mit anständigem Erfolg aus der Wahlklausel heimzuführen brauchen und das Leid wäre ihr am Ende erspart geblieben. Doch die Sache ist erledigt. Allein auch so gibt es Mittel gegen den Schmerz. Wenn die Demokratie ihre aus Wohnverstellungen flammende Angst wegnehmen will, dann möge sie doch einmal die Phantasiegebilde erlösen durch die reale Wirklichkeit. Das Lob, das heute dem Herrn Dr. Engler als „dem aufrechten und konsequenten Vertreter freier Anschauungen“ gesungen wird, ist Tendenz und verfolgt bestimmte Zwecke im Schöße der Sozialdemokratie. Daß man dort die Sache nicht merkt, ist für uns ausgeschlossen! Es gibt auch Schüsse, die hinten hinaus losgehen und den Schützen treffen.

Die Demokratie hätte allen Grund, zu erwägen, ob sie mit ihrer Stärke von 7 Köpfen und im Besitze eines der wichtigsten Ministerien nicht weit mehr „Einfluß in der Regierung“ besitzt, als ihr kraft dieser ihrer Stärke zustünde. Wenn sie diese Frage bejahen muß und sie müßte sie auf Grund der realen Tatsachen bejahen, dann darf sie das Zentrum so lange in Ruhe lassen, bis auch bei ihr Einsitz und Verantwortungslast in ein gerechteres Verhältnis getreten sind. Wir möchten jedoch auch ohne weiteres annehmen, daß die Demokratie in ihrem Minister Dr. Hellpach einen „besonders aufrechten und konsequenten Vertreter freier Anschauungen im Kabinett“ besitzt und damit Gemäße für die entsprechende Vertretung ihrer „freier Anschauungen“ oder auch der aus der Zentrumsangst geborenen Belange hat.

Man hat die Demokratie noch einen anderen Schmerz. Die „Deutsche Volkspartei“ und die „Deutschnationalen“ haben bekanntlich einen Antrag eingebracht, gelegentlich des Abbaues des Arbeitsministeriums die ganze Wohlfahrtspflege dem Justizministerium zuzuführen und es so zum „Wohlfahrtsministerium“ auszubauen. Nun wird das Justizministerium von dem Zentrumsmann Trunt verwaltet. Da kann man begreifen, daß derlei Anträge für einen badiischen Demokrat Vorkommnisse und Verzweiflungen verursachen. Bei den Deutschnationalen versteht die Demokratie noch das Vorgehen, „daß aber auch die Deutsche Volkspartei, die sich doch so gerne, wenn auch mit Unrecht als Nachfolgerin der früheren nationalliberalen Partei bezeichnen, an dieser Aktion sich beteiligt, ist eine jener Unbegreiflichkeiten, an denen die Politik der Deutschen Volkspartei in Baden nicht gerade arm ist.“ So die Demokratie! Das Ziel der ganzen Wothie sieht die Selbsteigenschaft darin, man habe das Zentrum damit „aus der jetzigen Regierungskoalition herauszulocken und für den berühmten Bürgerblock gewinnen“ wollen. Wenn diese Absicht wirklich bestanden hätte und wenn die Demokratie eine derartige Entwicklung verhindern wollte und will, dann sind ihre Artikel für den Zweck, was das Scheidewasser für das organische Leben. Schwäbisch wäre ein Superlativ am Platze.

Das Heidelberger Tagblatt meint, „törichter Weise“ sei die Abbaufrage bezüglich des Arbeitsministeriums „zu einer politischen gemacht worden“. Ganz richtig! Aber nicht minder ist es, wenn hinterher „törichter“ derlei politische Kanngeschereien der Öffentlichkeit vorgeführt werden. Die Demokratie braucht sich nicht zu wundern, wenn die Deutsche Volkspartei die eben zitierte „Freundlichkeit“ zurückgibt und etwa schreibt: Diese demokratische Weisheit bilde „eine jener Unbegreiflichkeiten, an denen die Politik der Demokratie in Baden freilich nicht gerade arm ist“.

Wir bedauern bei dem Vorgang nur, daß die Sozialdemokratie von ihrer bürgerlichen Nachbarn so gering in ihrem Werte eingeschätzt wird. Bei uns im Zentrum ist man sich klar, die Sozialdemokratie schätzt die demokratischen Profobilstrahlen über den Abbaue des Arbeitsministeriums vollkommen richtig ein. Sie erinnert sich eben an die Periode der Uninteressiertheit. Das genügt.

Parlamentarischer Abend der Zentrumsfraktion.

Zum Zwecke geselligen Zusammenseins veranstaltete die Zentrumsfraktion am Mittwoch in der Stadtgartenwirtschaft einen parlamentarischen Abend, zu dem sich in großer Zahl die führenden Persönlichkeiten der Partei aus der Stadt und der näheren und weiteren Umgebung eingefunden hatten. In einer kurzen launigen Ansprache begrüßte Prälat Dr. Schöfer die so außerordentlich zahlreich erschienenen Parteifreunde und übergab die Leitung des Abends Präsident Wittmann.

Servorragende musikalische Kräfte trugen zum Gelingen der Veranstaltung wesentlich bei. Vor allem war es die Männerabteilung des Kirchenchors St. Bonifatius unter der meisterhaften Leitung ihres Chordirektors Schneider, die durch ihre glänzenden Leistungen zu stürmlichem Beifall hinriß. Obereisenbahninspektor Müller ließ das Gold seiner hochkultivierten Gesangskunst hell erstrahlen. Auf der gleichen Höhe künstlerischen Könnens standen die vorzüglichen Klavier- und Cellodarbietungen der Herren Maibach und Mübenacker.

Landwirtschaftsdebatte im Badischen Landtag.

Schluß der Donnerstag-Nachmittags-Sitzung.
Es folgt die Beratung der Einnahme-Titel.
Abg. Görlacher (Ztr.) begründet den Antrag betr. das Bewilligte Darlehen an den Bau- und Landbau. Die Position „Verzinsung und Rückzahlung der der Bau- und Landbau-Gesellschaft, G. m. b. H. zur Bewilligung der Beschaffung von Hausrat bewilligten Darlehen von 100 000 Mk. auf 200 000 Mk. zu erhöhen“. Die Verhältnisse auf dem Möbelmarkt haben sich gründlich geändert. Die Gewerbetreibenden wollen nicht aus Steuern, also aus ihren eigenen Mitteln die Konturen unterstützen. Eine Kontrolle über den Verkauf der Möbel ist nicht möglich. Der Verkauf von 100 000 Mk. soll wieder zurückbezahlt werden.

Zur Geschäftsordnung wünscht Abg. Bod (Komm.), daß jetzt die Debatte abgebrochen wird. Ein entsprechender Antrag wird abgelehnt. Auch der Land- und Forstwirtschaftliche Ausschuß hat den Antrag abgelehnt. Arbeitsminister Dr. Engler verteidigt den staatlichen Zuschuß (Darlehen) an den Bau- und Landbau. Das Schreiben der Schreinermeister an die Regierung strotzt vor Lieberzungen. 80 Prozent der Möbel des Bau- und Landbau sind in Baden hergestellt. Der badiische Bau- und Landbau wird auch ohne staatliche Beihilfe weiterbestehen. Das Interesse der Regierung am Bau- und Landbau ist das, den Minderbemittelten zu helfen. Die Arbeitskräfte des Bau- und Landbau leisten ihre Arbeit meist ohne Entschädigung. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Sörter (Soz.) und Betschaupt (Ztr.) tritt Verlesung der Beratung auf Freitag morgen 8 Uhr ein.

Parisruhe, 26. Juli 1924.

In der heutigen Vormittags-Sitzung, die wieder um 8 Uhr begann, nach Verlesung der neuen Eingänge, Gesetzentwürfe (die an den Reichsausschuß gehen), Anfragen, Anträge, wird in der gestrigen abgebrochenen Debatte zum Etat des Arbeitsministeriums über die Anträge Görlacher und des Bau- und Landbau über den staatlichen Zuschuß an den Bau- und Landbau fortgefahren.

Zunächst spricht Abg. Bod (Komm.), der gegen den Abg. Görlacher und den Landbau polemisiert: Die Kaufkraft der Bevölkerung hat nachgelassen, daher die gefüllten Möbelkeller, und darum muß der Staat auch die Organisationen, die in gemeinnütziger Arbeit der Bevölkerung zu billigeren Waren beschaffen, unterstützen. Das Handwerk, das die Möbel anfertigt, erhält so durch den Bau- und Landbau willkommene Unterstützung. Die Annulierung des Zuschusses würde eine praktische, sondern nur eine moralische, dem Landtag abträgliche Wirkung haben.

Abg. Görlacher (Ztr.): Unser Antrag will nur, was die Schreinermeister in Heidelberg wollten: der Staat soll nicht eine Konkurrenz von ihnen aus Steuer- und Zölle unterstützen, es soll freie Konkurrenz bestehen. Tatsächlich besteht überall ein Ueberangebot an Möbeln. Gerade heute, wo das Handwerk keine Arbeit, wohl aber Steuerzettel bekommt, ist es begrifflich, daß die Handwerker gegen solche Zuschüsse protestieren. In Abzahlungsgeschäften werden die Käufer nicht überfordert; diese Geschäfte tun recht schwer. Die Jugend sollte wieder sparen lernen, damit sie die Abzahlung weniger in Anspruch zu nehmen braucht.

Abg. Minister Kemmele (Soz.): Die Masse der jungen Leute, denen die Mittel fehlen, sind, wie vor dem Kriege, auf die Abzahlungsgeschäfte angewiesen, die von großen Möbelgeschäften, aber nicht vom Handwerk ihre Waren beziehen. Der Zuschuß ist keine Kampfansage gegen das Handwerk. Das Handwerk hat von Organisationen wie der Bau- und Landbau selbst großen Vorteil. Der Hinweis auf die Schreinermeister ist nicht stichhaltig; über einzelne Stände-Interessen gehen die der Allgemeinheit.

Abg. Riegelmaier-Oberlich (Ztr.) spricht im Namen eines Teiles des Zentrums gegen den Antrag Görlacher. Redner bezieht sich auf seine früheren Ausführungen, daß der Bau- und Landbau eine Notwendigkeit sei für junge Leute, die sich eine Wohnung einrichten. Früher freilich konnten die Leute das Geld für die Haushaltung sparen; die Erparnis ist aber, nicht ohne Schuld des Staates, durch die Inflation verloren gegangen. Redner verteidigt aufgrund sorgfältiger Information die Geschäftspraxis des Bau- und Landbau. Auch in die Wohnung des einfachen Mannes gehört, wenn auch natürlich kein Luxus, doch eine ordentliche Ausstattung, ein angenehmes Heim zu schaffen. Die Zahlungsweise beim Landbau ist vorteilhafter für die Leute mit geringem Verdienst. Auch andere deutsche Länder haben solche gemeinnützigen Möbelgeschäfte. Es liegt Redner natürlich fern, das Handwerk irgendwie zu schädigen; das Handwerk hat ja selbst durch den Bau- und Landbau Verdienst. Die Resolution der Schreinermeister ging von der unrichtigen Voraussetzung aus, daß das staatliche Darlehen an den Bau- und Landbau von Bankschulden vermindert werde, was nur zu einem kleinen Teile der Fall ist. Der weitaus größte Teil wird dem Handwerk zugute kommen. Der Staat hat kein Mißtrau, das Darlehen (200 000 Mk.) wird in zwei Raten wieder zurückbezahlt.

Arbeitsminister Dr. Engler: Wenn der Zuschuß fällt, so wird der Bau- und Landbau von großen Geschäften außerhalb Badens beziehen. Man hat gegen den Zuschuß mit unwahren Angaben operiert. Der Zuschuß ist lediglich ein Darlehen, das zurückbezahlt werden muß. Durch den Bau- und Landbau sind durch rationelle Ausnutzung der Maschinen Fortschritte in der Verbilligung der Möbelherstellung erzielt worden. Der Darlehensvertrag ist vom Bau- und Landbau bereits unterzeichnet.

Abg. Fran Nager (Komm.) spricht gegen die Antragsteller polemisiert, für das Zuschuß-Darlehen; ebenso Abg. Arnold (Soz.), Abg. Duffner (Ztr.) behauptet die Ausdehnung der Debatte. Der Streit sei die Aufregung nicht wert. Der Zuschuß bedeutet die Zurückzahlung von 200 000 Mk. auf 1 1/2 Jahre zu 8 Proz. Zins und in Anbetracht der Konsequenzen einer solchen Subventionierung ist die Opposition gegen den hohen Zuschuß doch begrifflich. Das Handwerk kann solches Betriebskapital nirgendwoher aufbringen. Im Übrigen anerkennt Redner die soziale Tendenz des Bau- und Landbau vollkommen, ob der Bau- und Landbau durch Zuschüsse können? Das Handwerk verlangt keine Wucherpreise; es muß den Weg gehen, wie alle anderen.

Minister Dr. Engler gibt u. a. Aufschluß über die Rückzahlung des Darlehens.

Abg. Frau Richter (Soz.): Ihre Fraktion unterstützt den Antrag Görlacher; Rednerin selbst wird sich der Stimme enthalten. Die Jugend soll nachhaltig zur Sparfamkeit vor der Beheratung gewöhnt und angehalten werden.

Abg. Frau Richter (Soz.): Ihre Fraktion unterstützt den Antrag Görlacher; Rednerin selbst wird sich der Stimme enthalten. Die Jugend soll nachhaltig zur Sparfamkeit vor der Beheratung gewöhnt und angehalten werden.

Abg. Frau Richter (Soz.): Ihre Fraktion unterstützt den Antrag Görlacher; Rednerin selbst wird sich der Stimme enthalten. Die Jugend soll nachhaltig zur Sparfamkeit vor der Beheratung gewöhnt und angehalten werden.

die trotz ihrer Jugend eine treffliche und sprechende Beredrigung ihrer Proponenten zeigten. Für den Humor sorgte der beliebte Diktator Müller mit seinen ebenso feinsinnigen als gelungenen humoristischen Vorträgen, die herzerquickende Heiterkeit und Fröhlichkeit weckten. Präsident Wittmann brachte den Toast auf das deutsche Vaterland aus, dem sich der allgemeine Beifall der Deutschlandlieber angeschlossen. Der Zweck des gesellschaftlichen Näherkommens der Parteifreunde sollte der Abend voll und ganz erreicht.

In der Abstimmung wird der Antrag Görlacher gegen 22 Stimmen abgelehnt.

In der weiteren Beratung spricht zur Position „Bewilligung“ Abg. Gehard (Soz.) gegen eine Bewilligung des Abg. Riegelmaier, betr. den Zuschuß zur Landwirtschaftskammer. Die Besitzersplitterung ist die Wurzel des Übels in der badiischen Landwirtschaft; der Kleinbauern ist nicht Herr, sondern Sklave des Bestes. Die Vorteile einer Zusammenlegung wären größer als die Nachteile. Wir müssen unbedingt diese Frage, die die Ursache der Niedrigkeit der badiischen Landwirtschaft ist, näher treten; es soll die Befreiung der Landwirtschaft von ihrer unproduktiven Arbeit erreicht werden. Durch die Zusammenlegung würde eine bedeutende Produktionssteigerung, teilweise bis zu 100 Prozent, erzielt werden. Redner macht Mitteilungen von den Informationsreisen badiischer Landwirtschaft, z. B. nach Schweden, wo man bei der Zusammenlegung schon 1766 begonnen hat. Infolge rationalen Betriebs können dort auch auf kleinen Parzellen Familien ohne Lebensbedürfnis im Winter angenehm leben. Das wäre auch bei unserem Kleinbauernstand durch Zusammenlegung möglich. Eine Nachprüfung und eventuelle Änderung unserer Feldbereinigungsgeetze wäre zu empfehlen; auch die Frage einer Minderung des Erbschaftssteuer.

Die einzelnen Titel werden angenommen; ebenso der ganze Titel Einnahmen. Einmütig angenommen werden Anträge des Haushaltungsausschusses zu einzelnen Positionen, ferner Anträge aus dem Hause.

Ein Antrag Görlacher (Ztr.), Fischer (Soz.), Verlesung der Bädermeister ohne Gehilfe auf dem Lande von der Arbeitszeitkontrolle ruft eine Debatte hervor, in der Minister Dr. Engler erklärt, er könne eine weitere Ausnahme von der Kontrolle, nach Lage der Reichsgeetze, nicht mehr bewilligen. Abg. Maiber (Soz.) spricht für den Antrag, Abg. Bod (Komm.) dagegen. Nach einer temperamentvollen Geschäftsordnungsdebatte, die vom Abg. Marum (Soz.) beantragt wird und in der das Verhalten des Präsidenten vom Abg. Wittmann (Ztr.) entgegnet wird, spricht Abg. Arnold (Soz.) gegen den Antrag Görlacher-Fischer, den Abg. Görlacher (Ztr.) verteidigt, da es sich nur um eine einfache Verhältnisse auf dem Lande handle. Der Arbeitsminister fürchtet die Konsequenzen bei der Kontrolle; der Antrag sei ein Abbau der Sozialpolitik, was Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) bestritt; neben der Sozialpolitik gibt es auch Gesetze der Freiheit und der Vernunft, gegen unzulässigen Zwang, der die Sozialpolitik diskreditiert. Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (Soz.) lehnt die Auffassung des Ministers, es handle sich um einen Abbau der Sozialpolitik, ab. Der Antrag Görlacher-Fischer wird mit Mehrheit angenommen. Weitere Anträge werden angenommen. Zum Antrag auf Prüfung der Frage einer Rückgangsmäßigung der Aufhebung des Ortskontrollenkommissionen und Schöner u. W. äußert sich Abg. Wittmann (Ztr.) für den Antrag, der bei einer Enthaltung angenommen wird. Annahme findet noch weitere Anträge.

Es liegt ein Antrag der drei Fraktionen der Rechten vor, den Kredit für das Arbeitsministerium nur bis 1. Oktober d. J. (Termin der Aufhebung) zu bewilligen, der von Abg. Mager (Soz.) begründet und vom Abg. Bod (Komm.) bekämpft wird; die Aufgaben des Arbeitsministeriums hören mit dem 1. Oktober nicht auf. Minister Kemmele: Die Ausgaben nicht werden eben vom 1. Oktober im Innenministerium bezogen. Finanzministerium verneint. Abg. Marum (Soz.) spricht gegen den Antrag, Mager (Soz.) dafür, ebenso Abg. Weber (Soz.), Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) erklärt das Verfahren der Regierung für korrekt; nach Durchführung des Gesetzes ist eine entsprechende Budgetvorlage zu erwarten. Der Antrag wird abgelehnt gegen die Stimmen der Antragsteller.

Der Gesamtsanitätsrat des Arbeitsministeriums wird bei 12 Enthaltungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern, worüber Abg. Dr. Schmitt (Ztr.) den Bericht des Haushaltungsausschusses erstattet, über dessen Verhandlungen in diesem Hause ausführlicher berichtet worden ist.

Ueber die Titel Zuschüsse zur Landwirtschaftskammer zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion berichtet alsdann Abg. Weichaupt (Ztr.). Den Ausgaben für die Landwirtschaft stehen erhebliche Einnahmen gegenüber, so daß für die Förderung der Landwirtschaft noch ein staatlicher Beitrag von 1 800 000 Mk. verbleibt. Es wird hier abgebrochen und die Weiterberatung auf nachmittags halb 4 Uhr festgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Verlesung einer Eingabe durch den Präsidenten erhält zum Bericht über den Bau- und Landbau Abg. Gehard (Soz.) das Wort: Er schildert die Aufgaben der Landwirtschaftskammer. Der Haushaltsauschuß ist der Ansicht, daß diesem Antrag nur durch Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes entprochen werden könne. Der Ausschuß war der Ansicht, daß die Landwirtschaftskammer die ihr im Antrag angegebenen Aufgaben erfüllen könne. Durch eine Vereinigung der Landwirtschaftspflege in der Landwirtschaftskammer soll eine höhere Leistungsfähigkeit dieses Zweiges der Wirtschaftspflege erzielt werden. Die Regierung hält eine Übertragung des gesamten Komplexes der Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer nicht für notwendig; es würde dadurch auch der Einfluß von Regierung und Landtag ausgeschlossen. Der Antragsteller bestritt, daß die Landwirtschaftskammer von Parteipolitik befreit sei; ein Antrag auf Übertragung der gesamten Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer wurde von dieser einstimmig angenommen. Das Zentrum vertrat im Ausschuß die Ansicht, daß man dieser Frage sehr wohl weiter treten könne, wenn auch die Vertretungen anderer Berufsstände gleich behandelt würden und wenn die Landwirtschaftskammer eine streng wirtschaftliche Körperschaft bleibe. Dem Wortwurf der Politikentgegen, der Landwirtschaftskammer trat der Verzicht auf die Befreiung der Landwirtschaft, die durch ihren Ausbau der Kammer erzielt werden soll, liegt tatsächlich vor. Redner erklärt die Stellung der einzelnen Parteien im Ausschuß, in der Abstimmung wurde der Antrag Maiber abgelehnt, ebenso der Antrag Weber (Soz.). Redner hält den Antrag für sehr wohl durchführbar und tritt um Annahme.

In der Debatte spricht zunächst Abg. Dr. Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

schließen der W... fenn, daß das... Hand entgegen... vermeiden. De... gushaffen und... anhalten zugun... Beim Beamtene... erspart worden... man verschoben... Ministeriums z... rufigere Zeiten... Bezirksämter ei... Gemeinden billi... berg. Das Geb... aufheben. Red... Stadt und Lan... stand ungunst... lung kann man... muß wieder ge... materiellen Ge... Kerzen der Ge... erkennung. Ein... lehrer ab. A... werbe soll ein... Volkszählung h... staatsaufnahm... Die Landwirtsch... den an den S... Abg. Schill... Unternehmen... aber das Bild i... werte hat sie... um den Bereich... Recht; er erhö... er ist ein. Z... bedürfnis ist a... gleichen Zins u... worden intensi... verhältnis von... größte Wirtsch... preis, die Beda... Strafkammermit... darüber, wie M... hält, wird die... Bauernstandes... die Polittik i... Landwirtschaft... sein Interesse e... sig, wenn auch... weisende Inter... hinter dem des... Industrie forde... bühren sie au... erfordert eben... ausländischer A... Geld und damit... Die Spannung... zu groß; das B... feuerer, eben... beschlag den B... Aufwandsbelas... sen und diese... dem Steuerge... jüngerer Käst... der Steuerge... wirtschaft geba... Steuer, was d... bezahl werden;... terminen sollte... bei der Steuer... weit auf dem... Rentenanbau... Grundstücksbe... weiter. Wir f... tigheit. Das A... einmündel. Die... (Reblaus), sind... glauben, die... 30 000 Mk. an... von eines anzu... sie freilich nich... Selbsthilfe, ad... die Landwirtschaft... Sie ist und m... (Beifall).

Abg. Dr. G... über die Behan... Landtag und B... eine Zwischen... vorläufig mit... diesem Punkt n... nicht gültig. I... spricht für die... bringung der G... liches Gremium... zur Verhandlung... sprang. Insof... in beg... tungsverbänden... tungsrechtliche... meinden mit W... bedenklich hält... Verwaltungsred... Notwendigkeit... für Baden, aus... führungen im...

Abg. Schö... pflege. Die Z... daß ihre Inter... den, das noch... freieren Ha... Übertragung d... Landwirtschafts... bringen. Der... jetzigen Zusam... gebänden Aufg... rechtfertigt, der... nicht vorherz... ganzen Landw... kammer ist die... nicht betref... sätzliche Lage... hatigt Redner, ... größerer Kredit... wird aber die... framerunterkom... könnte nur von... durch die... trauen besteht... Erhaltungsmi... hieses eintritt... hige Funktion i... größer haben e... werden. Bei d... unter Getreide... und wichtige R... landu. Wirtsch... wies nach der L... eben, wenn auch... hieses weiteres... bezahl von... (Beifall).

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

Abg. Sch... Schmitt (Ztr.): Das Zentrum sieht im wesentlichen auf den Be-

schließen der Mehrheit des Ausschusses. Redner anerkennt, daß das Ministerium den Unruhen mit starker Hand entgegengetreten sei. Dürfen sind dabei nicht zu verneinen. Der kommunalistische Antrag, die Polizei abzugeben und die Erpressung den Geiseln und Pflegen zu überlassen, hat nur agitatorischen Charakter.

Landtag.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Entgleisungen und Geschmackslosigkeiten. Die öffentlichen Veranstaltungen werden von der Regierung verschieden behandelt (kommunistisch — vaterländisch). Redner ist auch für Aufhebung des Besoldungsspergesetzes. Der Schwabacher Landtag hat den Landtagsantrag zur Vertagung der Landtagskammer einstimmig angenommen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Landtag. Die Besetzung der Ämter ist als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen. Der Präsident des Landtages, Herr Dr. Schmidt, hat die Besetzung der Ämter als die beste zu bezeichnen.

Ortsauschuß der Zentrumspartei Karlsruhe.

Von Seiten des Landesverbandes der Windthorstbunde Baden sind die Mitglieder des Ortsauschusses der Zentrumspartei Karlsruhe zur Vertretungskonferenz des Landesverbandes am 26. Juli, mittags 3 Uhr, im Fraktionsgebäude der Zentrumspartei im Landtagsgebäude, sowie zum Begrüßungsabend im Nowakjale am gleichen Tage und zur Tagung am Sonntag eingeladen. Ich erlaube, dieser Einladung vollzählig Folge zu leisten.

An die Karlsruher Parteifreunde.

Zur Begrüßungsfeier und zur Tagung des Landesverbandes der Windthorstbunde Badens sind alle Angehörigen unserer Partei freundlichst eingeladen. Ich erlaube, dieser Einladung möglichst zahlreich zu entsprechen.

Karlsruhe.

Tagung des Deutschen Werkbundes.

Unter sehr starker Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands findet am 26. Juli die diesjährige Tagung des Deutschen Werkbundes statt. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten. Die Tagung wird im Hotel 'Zur Post' in Karlsruhe abgehalten.

diesjährige Stiftungsfest des Männervereins der Oststadt mit seiner zahlreichen Expedition auf der Höhe künstlerischer Umrahmung sich gaben.

Nachklinge zum Jugendfest Karlsruhe-Ost. Der ergebende Verlauf des schönen Festes, das der Oststadt-Jugendverein am letzten Sonntag feierte, sowie dessen weit über den örtlichen Rahmen hinausgehende Bedeutung rechtfertigen es, daß in kurzen Zügen auf einige Ausblicke aus dem Fest noch näher eingegangen wird. Das Ganze war ein fester Zug — ein echtes Jugendtagung. Mehrere tausend Personen nicht nur aus dem Osten, sondern aus ganz Karlsruhe belebten am Nachmittag den Spielplatz. Dort feierten erwiderte, noch immer in ihrem Glanz unverweichte Formen des Festes, deren jeder eine Vermählung mit neuen, schlichten Bräutigam der Jugend von heute. Ein Glanzpunkt war a. B. die Fahnenparade, an der sich alle 29 Fahnenformationen in musterhafter Ordnung beteiligten. Wuchtig und eindrucksvoll war auch der Einmarsch der Turnerkolonnen. Der möchte die Eindrücke münden, die diese beiden Aufmärsche hinterließen? Wir erkennen, daß die verschiedenen Formen der katholischen Jugendbewegung nicht oblied richtig sind, sondern daß nur aus ihnen Zusammenklang in der Gemeinschaft der wahren Fortschritt und die Zukunft der gesamten Jugend erblickt. Wenn wir so aus diesem Feste heraus, an dem der Jugend und Jungmännerverband, Gesellenvereine und Neubürgerbund einträchtiglich beieinander wohnten, eine Verklärung unserer Gemeinschaftsarbeit erarbeiten, war das Fest nicht umsonst. Groß war auch, wie schon erwähnt, der Speisegeist der Partei, insbesondere gefördert durch H. G. Stadtpfarrer Dr. Kiefer. Groß auch die Teilnahme aller Vereine und aller Katholiken. Möchte der Zusammenhalt so bleiben und mehr denn je auf dem Gebiet der kirchlichen Vereine, insbesondere auch bei der Jugend, die Pfarrgemeinde als das gegebene Zentrum erscheinen. Unsere Kirche kennt das Menschengemüt und weiß seinen Schwärmungen zu folgen. Dem folgte der Verein, und er spendete am Nachmittag auf dem Spielplatz der Jugend in der Volkshausung reichliche Freude und Trost. Wohl zehntausend Personen erarbeiteten am Abend den Kampfsong. Aus dem Dunkel ließ die Musik den Choral 'Die Himmel rühmen des Erigen Ehre' erklingen. In wenigen, schlichten Gedanken entwickelte dann der Redner den Sinn des Festes, das Gedächtnis an zwanzigjährige Jugendvereinsarbeit, das Gedächtnis an die Gefallenen, den Ausblick auf die Zukunft. Er dankte der Staatsregierung, der Stadt und der Kirche für ihre Anteilnahme am Feste. Es nahmen u. a. der Herr Staatspräsident und Herr Bürgermeister Schneider teil und erneuerten das Gelübnis der Treue gegenüber den öffentlichen Beständen. Grundmotiv der Ausführungen war der Ausdruck der Freude über die Teilnahme des katholischen Gemeinschaftsgebändens. Ausklang bildete das Gebeten in der Volkshausung, gefolgt von der Besichtigung der Volkshausung und ein dreifaches Hoch auf das Kaiserreich deutsche Welt. Dann erscholl in brausendem Sturm der Ambrosianische Lobgesang. Inzwischen waren oben im Turm die Lichter aufgestellt und bald erklang blühender Schein das schöne Wagnis als ein Wahrzeichen trauer Liebe zu Heimat und Vaterland. Es war ein erhebendes Schauspiel — würdig, den Schluß des Tages zu bilden. Der katholische Jugendgruß endete die Massenversammlung.

Der Vorstand der Zentrumspartei Karlsruhe Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Baden Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Karlsruhe Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Baden Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Karlsruhe Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Baden Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Karlsruhe Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Baden Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Karlsruhe Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Baden Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Karlsruhe Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Baden Dr. Baumgartner.

Der Vorstand der Zentrumspartei Karlsruhe Dr. Baumgartner.

Deutscher Reichstag.

Freitag-Sitzung.

Berlin, 25. Juli. Am Regierungstisch: Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Präsident Kallrauf eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr. Die Anträge der Abgeordneten (Nat.-Soz.) über das Verbot der deutsch-völkischen Schlägerei, ebenso die des Abgeordneten (Komm.) über das Verbot der Niederschlagung der Arbeiterzeitung in Hannover sollen entsprechend einem Antrag des Abgeordneten (Soz.) mit der Beratung des Notetats verbunden werden.

Das Haus wendet sich dann wieder den sozialen Angelegenheiten zu und geht die Einzelbesprechung bei der Erwerbslosenfürsorge.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns befragt, daß die Not der Kurzarbeiter immer beunruhigender werde. Tatsächlich finden sich viele Kurzarbeiter mit ihren Besitztümern unter den Kollerwerbslosen. Hilfe sei nicht nur wegen der Finanznot, sondern auch deshalb schwierig, weil die Wiedereingliederung der Kurzarbeiterunterstützung einer Unterstützung der Wirtschaft aus Reichsmitteln gleichkommen würde. Die Regierung sei bereit, dem Zentrumsantrag zu entsprechen und die erforderlichen Mittel zur Kurzarbeiterfürsorge durch Abzug aus dem Beitragsaufkommen der Erwerbslosenfürsorge aufzubringen.

Abg. G. Hatal (Nat.-Soz.) verlangt die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch den Bau neuer Wohnungen. Redner protestiert gegen das Eindringen von Hunderttausenden von Obdachlosen in Deutschland. Abg. Schlicht (Komm.) wirft dem Arbeitsminister vor, sie hätten sich nur zu oft als Streikbrecher verhalten. Damit schließt die Aussprache. Die Ausschüsse werden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Um halb 6 Uhr betritt Reichstanzler Marx mit Reichsfinanzminister Dr. Luther und Ernährungsminister Graf Kainig den Sitzungssaal. Zur Beratung gestellt wird jetzt in erster Lesung der Notetat. Verbunden damit werden die Beschlüsse des Reichsausschusses bezüglich des Ausnahmezustandes, der Zeitungsverbote und der Urteile der bayerischen Volksgerichte.

Reichsfinanzminister Dr. Luther leitet die Beratung des Notetats ein und stellt fest, daß es sich nicht um eine Verlängerung der bisherigen Notlage handelt, sondern daß jetzt ein vorläufiger Haushaltsplan vorgelegt wird, der der Regierung die Weiterführung der Geschäfte im gegebenen Rahmen ermöglicht.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) verliest dann eine Erklärung der Mittelparteien, in der es heißt: Wir halten die Herbeiführung einer außerpolitischen Debatte in diesem Augenblick für wenig förderlich. (Stürmische Jaharufe rechts.) Wir billigen die Außenpolitik des Kabinetts für eine Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens. (Pfifff und hört, hört, rechts.) Das besagte Gebiet muß wirtschaftlich und militärisch geräumt werden, der Vertragszustand im abgelebten Gebiet wieder hergestellt, die Gefangenen befreit und die Ausgewiesenen zurückgeführt werden. (Beifall in der Mitte.) Die deutsche Souveränität muß wieder aufgerichtet und die im Rheinlandabkommen anerkannten Rechte der rheinischen Bevölkerung müssen zurückgegeben werden. Deutschland kann nur im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zahlen. Die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes muß dabei gesichert bleiben. Da die Verpflichtungen des Sachverständigengutachtens über den Verfall der Reparationsverträge übernommen werden. Wir vertrauen darauf, daß die Reichsregierung in diesem Geiste in die Londoner Verhandlungen eintritt. Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung die Kriegsschuldfrage aufgerollt hat und bereit ist, sie bei Fortführung ihrer Politik mit allen Kräften zu unterstützen. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Abg. Schmidt (Ztr.) fordert die Aufhebung des Beschlusses im Ministerium des Innern. Die Karlsruher Zeitung, das Regierungsgeschäft, bringe

Advertisement for 'Philodermine Auxolin-Haarwasser' and 'Briester des Herrn'. The ad features a woman's profile and a bottle of hair water. Text includes: 'Ein neues Buch für den hochw. Clerus!', 'P. Berthold Bühl O. F. M.', 'Briester des Herrn', 'Gedanken eines Bolivien-Missionars für deutsche Priester.', 'Das Büchlein behandelt des Priesters Leben und Aufgabe in drei Teilen: 1. Die Würde des Priesters; 2. Die Person des Priesters; 3. Des Priesters Tätigkeit. Der Verfasser, ein bayerischer Franziskaner und ehem. Feldgeistlicher, weiß schon mehrere Jahre in der Indianermission Bolivien und hat das Büchlein geschrieben in tiefer Verehrung für den arbeitsfreudigen, deutschen Klerus, der mit Paulus sich der Seelgerie widmet und Schicksale schließt, die in der ganzen katholischen Welt die freudigste Erinnerung auslösen.' 'stärkt u. reinigt den Haarboden u. verhindert die Schuppenbildung. Hinterlässt einen lieblichen, nicht aufdringlichen Veilchengeruch.' 'Zu haben in Apotheken, Drogen-, Friseur-, u. Parfümerie-Geschäften' 'F. Wolff & Sohn Karlsruhe.'

Zusammenwirken zwischen Separatisten und Franzosen

Die Wäzler Separatisten fordern Amnestie. Mannheim, 24. Juli. Zwei bekannte Wäzler Separatisten namens Ludwig Schellhaas und Ludwig Lang aus Lauterbach in der Pfalz haben am 10. Juli an den französischen Oberkommissar in der Rheinlandkommission ein für das fortgesetzte Zusammenarbeiten zwischen Separatisten und französischen Verwaltungsbehörden charakteristisches Schreiben gerichtet.

Separatisten auf dem Wege einer allgemeinen Amnestie befreit. Die Separatisten erklärten, Frankreich müsse die „Waffe der Ausweisungen“ solange in der Hand behalten, bis diese Rehabilitation von der deutschen Regierung erzwungen sei.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Auf Einladung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind im Oktober 1923 Vertreter der großen Wohlfahrts- und Jugendverbände (Ältere Mission, Caritasverband, Zentralwohlfahrtsstelle d. D. Juden, Deutsches Rotes Kreuz, Bund Deutscher Frauenvereine, Ausschuss der Deutschen Jugendverbände, Hauptauschuss

für Leibesübungen, Alois Föderation, Vergebund für Sexualerziehung, Vereinigung evangel. Frauenverbände, Evang. Verband zur Pflege der weibl. Jugend Deutschlands) zusammengetreten, um über Mittel und Wege zu beraten, wie sich am zweckmäßigsten ein gemeinsamer Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten durchführen läßt.

minar und an den Universitäten im Lehrplan für die Sexualpädagogik die nötige Stundenzahl sicher zu stellen, Lehraufträge für Sexualpädagogik müssen an allen Hochschulen erteilt, die vorhandenen Lehrbücher einer genaueren Durchsicht unterworfen werden.

C. M. S. Karlsruhe: Feria IV 30. Julii occasio consueta confess. ha. 3%, Congregatio.

Strick-Wolle in reich. Farbensortiments für Kleider, Jumper, Shirts, Umhangtücher Rudolf Wieser Kaiserstrasse 153.

Amtliche Anzeigen. Bekanntmachung. Auffindung einer Kindesleiche betr. Am 4. Juni 1924, nachmittags gegen 6.15 Uhr wurde in der Aborteinmündung am Hofbahnhof in Grenzwinkel die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts angetroffen.

Gas-, Wasser- u. Strom-Gelbeinzug. Im Monat August findet keine allgemeine Ablesung der Gasmesser, Wassermesser- und Zählerstände statt.

DREI BILLIGE TAGE Samstag - Montag - Dienstag. Manufaktur, Damenwäsche, Korsetten, Modewaren, Herren-Artikel, Damenputz, Dam.-Konfektion, Schuhwaren, Erfrischungsraum, KNOPF.

Ein Posten Stickgarn 3 Strang Perlgarn ca. 60 m. 10 Pf. 3 Strang K'Seide à 2 gr. . . . 10 Pf. Rudolf Wieser Kaiserstrasse 153.

Ehem. 113er. Den Gefallenen des ehemaligen 5. Bad. Infanterie-Regiments Nr. 113 soll in der alten Garnison Freiburg ein Denkmal errichtet werden.

Karlsruher Herbstwoche 1924 September u. Oktober. Künstlerische, musikalische, literarische, sportliche und wirtschaftliche Veranstaltungen.

Habe heute den Dienst als Bezirksarzt I angetreten und empfehle mich zur Ausübung ärztlicher Praxis. Sprechstunden: von 2 1/2 - 4 Uhr nachm. (ausgenommen Sonntags).

Solange Vorrat! Condensierte gezuckerte Milch grosse Dose nur 45 Pf. Frische Eier von 12 Pf. das Stück an empfiehlt Karlsruher Eier- u. Fett-Spezialhaus O. Manhardt.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe. Dir.: Adalbert Steffter. Heute Samstag abends 8 Uhr: Die schöne Rivalin.

STADTGARTEN. Sonntag den 27. Juli, vormittags von 11-12 Uhr Promenadekonzerte der Schülerekapelle bei der Festhalle und des Musikvereins Karlsruhe beim Schwarzwalddom.

Beuron herrl. klimatischer Erholungsort im Donautal. Hotel Pelikan f. Feinschmecker.

Bekanntmachung. Die Inhaber der im Monat August bis mit Dezember 1923 ausgestellten bzw. erneuerten Wankelbeine werden hiermit aufgefordert, ihre Wankelbeine bis längstens 8. August 1924 auszuliefern.

Militär-Verein Karlsruhe. Der Verein beteiligt sich am Sonntag, den 27. Juli an der Feier des 50-jährigen Jubiläums des Militärvereins Friedrichstal verbunden mit Gauag.

Rattenfänger-Prüfung Polizeihunde-Vorführung und Kinderrennen. Sonntag, den 27. ds. Mts., nachm. 1/2 Uhr, auf d. Hochschulsportplatz.

Pfannkuch & Anseck-Brannwein zum Ansetzen für Stöbe Liter 2.10 einjährl. Steuer Pfannkuch & Co.

Goeben erschienen: MISSA Für den gemeinsamen Gebrauch bearbeitet von JOSEPH KRAMP S. J. Inhalt: Vorwort - Vom Opfergedanken - Liturgische Haltung - Das heilige Mysterium.

Badenia A. G. für Verlag und Druckerei: Karlsruhe. Zu beziehen durch die Sortimentsabteilung der

Messweine. Markgräfler sowie Kaiserliche Tischweine, Gebinde ab 24 Liter. Mathias Nebel, Freiburg i. Breisg. voreiligt, Messweinhandlung.

Der Vorstand. Abfahrt 12 Uhr vom Hauptbahnhof.

Frachtbriefe liefert schnellstens A.-G. Badenia.

„Du bist ein Engel.“ „Du bist ein Engel.“ „Du bist ein Engel.“

in de... Meine sehr g... Staatsminister... eine allgemeine... will ich dieselbe... öffnen. Ich gedenke... über Fragen... Ich beginne... erörtert wird, den... Budget ein... nommen hat. Ansuchen nicht... meindungen dabei... nicht kennt und... nachgeht, welche... Vorkängen, die... von 1924 liegen... erinnert. Ich n... haben, wenn ich... haben Kaufmann... übernommen. In... diese Liebernahm... einen Punkt all... bekommt ein fa... Zatsachen über... Reihe von ander... abgeben will, da... den abfoluten 3... Fragen betreffend... gute Budgetkenn... Dinge dazu, um... Ich vindiziere n... Dingen, ich habe... diesen einzelnen... sicheres Zahlen... glaube ich, wird... doch sagen müß... Beamtenkörpers... des Beamten E... fürhalten die er... die ich hier vor... sie sind richtig... planmäßigen We... weggelassen die... bahnerwaltung... waltungen nicht... der Betrachtung... haben wir nach... Begünstigung der... mehr als 3 da... nach den Abban... ist eine Sache f... fagen, daß die... deswegen von vo... man auch hier... von Seiten zu... die ganze Tafel... berechtigt doch... dem Wege des... zu kommen, daß... nach auch entse... Sprunghaftes, al... in der wir uns... anten zurückzu... Wahrnehmung i... fage das aber... gegenüber den... eine unbedingte... Treue und Hin... dann müssen w... daß wir diese F... dere ich als Kor... in einer Weise... digen, abfolut z... stand haben. D... wünschelig.

Rede des Abgeordneten Dr. Schofer in der allgemeinen Finanzdebatte des Badischen Landtags.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich heute hier in diesem Saal sitze, so ist es mir eine große Freude, denn ich habe die Ehre, an der Spitze der Badischen Abgeordneten zu stehen.

Zu Beginn möchte ich einige Ausführungen zu machen über Fragen der Finanzen und der Wirtschaft.

1. Ich beginne mit einer Sache, die vielfach draußen erörtert wird, nämlich die Frage, warum heute das Budget einen derartigen Umfang angenommen hat.

Die Leute wissen sich dieses Angelegenheiten nicht zu erklären. Vielfach kommen diese Redewendungen daher, daß man das alte Budget und das neue nicht kennt und daß man bestimmten Phantasiegängen nachgeht, vielleicht auch daher, daß man eine Reihe von Vorgängen, die zwischen dem Budget von 1914 und dem von 1924 liegen, nicht kennt oder sich an sie nicht mehr erinnert.

Ich will nur an ein Moment erinnern. Wir haben, wenn ich nicht irre 1921, es kommt nicht auf das Jahr an, ich meine aber, es war 1921, sämtlichen persönlichen Aufwand für die Volksschule als Staatsbudget übernommen. Wenn man nun natürlich das Budget ohne diese Übernahme vergleicht mit einem Budget, welches diese Übernahme voraussetzt, so kommt man hier in dem einen Punkt allein schon in eine Divergenz hinein und bekommt ein falsches Bild, das nicht mit dem objektiven Tatsachen übereinstimmt.

Zu Beginn möchte ich einige Ausführungen zu machen über Fragen der Finanzen und der Wirtschaft. Ich beginne mit einer Sache, die vielfach draußen erörtert wird, nämlich die Frage, warum heute das Budget einen derartigen Umfang angenommen hat.

Die Leute wissen sich dieses Angelegenheiten nicht zu erklären. Vielfach kommen diese Redewendungen daher, daß man das alte Budget und das neue nicht kennt und daß man bestimmten Phantasiegängen nachgeht, vielleicht auch daher, daß man eine Reihe von Vorgängen, die zwischen dem Budget von 1914 und dem von 1924 liegen, nicht kennt oder sich an sie nicht mehr erinnert.

Ich will nur an ein Moment erinnern. Wir haben, wenn ich nicht irre 1921, es kommt nicht auf das Jahr an, ich meine aber, es war 1921, sämtlichen persönlichen Aufwand für die Volksschule als Staatsbudget übernommen.

Wenn man nun natürlich das Budget ohne diese Übernahme vergleicht mit einem Budget, welches diese Übernahme voraussetzt, so kommt man hier in dem einen Punkt allein schon in eine Divergenz hinein und bekommt ein falsches Bild, das nicht mit dem objektiven Tatsachen übereinstimmt.

Zu Beginn möchte ich einige Ausführungen zu machen über Fragen der Finanzen und der Wirtschaft. Ich beginne mit einer Sache, die vielfach draußen erörtert wird, nämlich die Frage, warum heute das Budget einen derartigen Umfang angenommen hat.

Die Leute wissen sich dieses Angelegenheiten nicht zu erklären. Vielfach kommen diese Redewendungen daher, daß man das alte Budget und das neue nicht kennt und daß man bestimmten Phantasiegängen nachgeht, vielleicht auch daher, daß man eine Reihe von Vorgängen, die zwischen dem Budget von 1914 und dem von 1924 liegen, nicht kennt oder sich an sie nicht mehr erinnert.

Ich will nur an ein Moment erinnern. Wir haben, wenn ich nicht irre 1921, es kommt nicht auf das Jahr an, ich meine aber, es war 1921, sämtlichen persönlichen Aufwand für die Volksschule als Staatsbudget übernommen.

lierte Frage gestellt haben. Die detaillierte Frage hat heute früh eine ebenso detaillierte Antwort bekommen. Der Gesamteffekt im Vergleich mit dem Budget von 1914 beträgt 5 1/2 Millionen Mark. Nicht ganz, aber es kommt auf ein paar Tausend nicht an; rund 5 1/2 Millionen. Das ist doch ein ganz erheblicher Effekt, also rund zwischen 6 und 8 Prozent Steuerfuß, so daß man nicht sagen kann, das sei eine „Geste“. Man begegnet ab und zu einmal der Bemerkung, diese ganze Abbaumassnahmen hätte man lieber sein lassen; es komme doch nichts dabei heraus, es sei eine „Geste“. Das ist unrichtig. Es sehen aber auch diejenigen Herren Kollegen, die glauben, diesen Abbaumassnahmen ihren Widerstand entgegenzusetzen zu sollen, daß die Sache doch eine ganz andere Bedeutung hat, als sie ursprünglich angenommen haben.

Dabei will ich aber nicht bestreiten, daß es auch Abbaumassnahmen gibt, die richtig mit dem Wort „Geste“ belegt werden könnten. Wenn z. B. auf der Hochschule ein Unberuflicher Professor bei vollem Gehalt „emeritiert“ wird und einen Nachfolger bekommt, so ist der finanzielle Spareffekt die doppelte Vergütung. Ich habe einmal im Haushaltsausschuß diese Art zu sparen drastisch damit ironisiert, daß ich sagte, das sei die Sparte des „Bibbels von Baden“, der bekanntlich gesagt hat: die Masse muß es machen! und hat das Stück Ei eingetaucht zu 6 Pf. und 2 Stück zu 9 Pf. verkauft. Die Masse muß es machen! Also abgebaut auf der ganzen Flanke, auch wenn doppelt bezahlt werden muß. Das ist nicht Sparen, sondern das ist das Gegenteil vom Sparen. (Abg. Dr. Fröhler: Sehr richtig!)

Ich habe mich auch dafür eingesetzt, daß man mit der Altersgrenze der Unberuflichen etwas vorsichtiger sein solle. Das ist einmal eine finanzielle Frage, wie Sie eben sehen. Es ist aber auch eine des wissenschaftlichen Betriebes. Ich freue mich, wenn ich heute recht bekomme, da jetzt wieder Bewegungen im Gang sind, hier die Dinge etwas zurückzubilden. Ich glaube auch, daß es vom Gesichtspunkte der Sparmaßnahmen, des Abbaues, vom Sparstandpunkt aus falsch ist, wenn man z. B. in Freiburg den Professor der Orthopädischen Klinik in den Ruhestand versetzt und dann einen Assistenten der Chirurgischen Klinik mit der Wahrnehmung der betreffenden Interessen betrauen will. Der eine bekommt seinen vollen Gehalt, darf aber nichts mehr schaffen, und der andere muß bezahlt werden und soll die Arbeit besorgen. Ich habe dagegen bereits meine kritischen Bemerkungen im Haushaltsausschuß gemacht, und ich wiederhole sie auch hier. Freilich, bei den Hochschulen soll und darf nicht allein nach Spargesichtspunkten vorgegangen werden. Die großen idealen Interessen der Hochschulen haben jedenfalls an die erste Stelle zu treten, aber nicht nur beim Landtag, sondern auch bei den Hochschulen selbst. Ich werde über das Kapitel der Hochschulen vielleicht noch an einer anderen Stelle das eine oder andere dazu sagen müssen.

Dann ist ab und zu auch die Nebensart gebraucht worden: Die Sparmaßnahmen treffen nur das platte Land! Ich glaube, wer jetzt, am Abschluß der Sparmaßnahmen, die einzelnen Punkte durcheht, wird nicht sagen können, daß nur das Land getroffen ist; sondern ich glaube, wenn man zahlenmäßig die Sache miteinander vergleicht, dann dürfte auch, was man „Stadt“ nennt und die Städte, die gewöhnlich mit der Stadt identifiziert sind, getroffen sein. Es ist aber schwer zu sagen, wo der größere Teil liegt. Ich halte überhaupt derartige Abwägungen gegeneinander nicht für besonders glücklich und für politisch klug. Ich will hier zum Beweis nicht auf einzelnes eingehen. Ich glaube, der allgemeine Hinweis genügt für jeden, der guten Willens ist.

Dann ist noch eine andere Bemerkung zu verzeichnen, der man immer wieder begegnet. Sie lautet: Ja unten und unten herab, da ist abgebaut worden; dagegen oben, da traut man sich nicht heran! Nun glaube ich, nachdem die Koalitionsparteien ihren Antrag vom 15. Januar eingebracht haben, nachdem die Vorlage, und zwar die einstimmig beschlossene Vorlage, wie der Herr Staatspräsident gesagt hat, vom letzten Freitag gekommen ist, und nachdem der Haushaltsausschuß sich mit Mehrheit der Vorlage der Regierung angeschlossen hat, kann diese Behauptung nicht mehr aufrecht erhalten werden. Ein Abbau in den oberen Regionen in dem Sinne, daß man gemäß der gesetzlichen Bestimmung die vollen Gehälter bezahlt, die Beamten außer Kurs setzt und sie nicht mehr arbeiten läßt, ich glaube, das ist kein Sparen; und das sollte ein erster Volkstribunal nicht verlangen. Sonst kommt er leicht in den Verdacht, daß er auch wie der „Bibbel von Baden“ Sparpolitik treibt.

Wenn nun nach dem Beschluß des Arbeitsministeriums mit dem 1. Oktober auch abgebaut wird, so darf jedenfalls nach meiner Auffassung und der meiner Fraktion keine Schwächung der Belange der sozialen Frage eintreten. Wir sind von jeder Kraft der Grundfrage, die wir vertreten, für den Schutz speziell der Arbeitnehmer einzuhalten; aber auch im allgemeinen eingetreten für die wirtschaftlich Schwächeren. Die Lage dieser Kreise ist eine

solche, daß man häufig allen Grund hat, gerade für diesen Teil unserer Bevölkerung in besonderem einzutreten. Ich habe vor mir eine Statistik — ich will sie nur als Beleg dafür anführen, wie es aussieht — über die Lage unserer Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen. Daran sind in Baden gegenwärtig nicht weniger als 242 überhaupte ohne Beschäftigung (15 Prozent sämtlicher Fabrikarbeiter), 12 bis 18 Stunden arbeiten 484 (8 Prozent) und 24 Stunden arbeiten, also nur halb beschäftigt, sind 872 (56 Prozent). Das zeigt, wie notwendig es hier ist, daß man aufpaßt und eine Unterstützung, soweit der Staat in Frage kommen kann, auch leicht gefährdeten Mitgliedern eines großen, sozial schwachen Standes. Wir werden deswegen auch alle unterstützen, was eine Sicherung der sozialen Lage mit sich bringt, und glauben damit den großen idealen Grundfragen unserer Vergangenheit treu zu bleiben. Der Herr Minister Dr. G. G. hat auch in unseren Kreisen den Ruf — den er auch durch seine Mitarbeiterfähigkeit bestätigt hat, als ein Mann von klarem Blick und als ein Mann von Charakter, der aber auch den Ruf hat, einmal gelegentlich nach unten wie nach oben seine Meinung zur Geltung zu bringen. Wenn er deswegen weiter mit diesen Belangen befaßt ist, so bietet er sicher eine Gewähr dafür, daß hier Befürchtungen, wohl, soweit diese Dinge in Frage kommen, nicht gegeben sind.

Ich habe mich nicht gefragt, wo denn die großen Maßnahmen derjenigen ergehen, die geneigt sind, öfters kein zu sagen, um einzuparen; ich habe diese großen Maßnahmen und diese großen Entwürfe leider vermisst. Deswegen wird es, glaube ich, eine logische Folge sein, wenn man die Ausgaben für notwendig ansieht, auch die Einnahmen mit zu betrachten und zu veranlassen. Denn zu trennen in dem Sinne: die Ausgaben — ja, die Einnahmen — nein, also Einnahme — ja, Verantwortung — nein, das nennt man keine Politik, sondern das ist etwas anderes, das zu sagen mir die Hofflichkeit verbietet. (Zwischenrufe.) Ja, ich wundere mich, daß da ein Zwischenruf zu hören ist: er soll sagen, wen er meint! (Zuruf vom Landbund: Wir haben ein sehr gutes Gedicht! — Weiter.) Ich wundere mich, daß gerade von dieser Seite die Frage kommt, da ich ja peinlich vermeiden habe, irgend eine Anspielung zu machen. Man sieht, daß doch noch ein Gewissen vorhanden ist. (Sehr gut! beim Zentrum und große Heiterkeit.) — Abg. Fischer-Weihenheim: Aber noch ein gutes, Herr Prälat! Heber die Güte, die höhere oder niedere Güte eines Gewissens kann nur einer entscheiden, und dem wollen wir nicht vorgehen. (Zuruf des Abg. Fischer-Weihenheim.)

Nun aber muß ich noch auf ein anderes hinweisen, was zu unserer Sorge Anlaß gibt, und das ist der große Rückgang der Steuerkapitalien in der Wirtschaft. Ich möchte sagen, daß dies ein großes Problem ist, das uns im Haushaltsausschuß gefaßt worden ist — es wurden dort 50 Prozent genannt — zurückgeht, so besteht die Gefahr — nun mögen einmal die Herren Landbündler aufpassen! (Abg. Klüber: Wir sind auch Ohr!) Freut mich, daß Sie ganz Ohr sind. Ich nehme dann an, daß Sie auch ganz Verstand und ganz Logik sind! (Weiter.) — Abg. Bod: Herr! — Zwischenruf vom Zentrum: Das ist nicht jedermanns Sache! — Das war jetzt eine weniger freundliche Bemerkung. (Zwischenruf vom Zentrum: Aber eine Tatsache, die besteht!) Es besteht die Gefahr, sage ich, daß diese ausfallende Steuerleistung auf das Grundvermögen hinüber geschoben wird, weil hier eine Möglichkeit der Abwälzung nicht gegeben ist. Ich für meine Person muß sagen: eine derartige Verdrängung zu Lasten des Grundvermögens — sagen wir, des bäuerlichen Besitzes — gegenüber dem Betriebskapital des Gewerbes scheint mir nicht zulässig. Lebensmäßig muß hier ein Ausgleich gesucht werden, wenn dieser kolossale Rückgang in der Fütterung des Betriebskapitals sich als richtig herausstellen sollte. Ich möchte einweisen auf diese Dinge aufmerksam, damit in dieser großen Frage nach dem Rechten gesehen werden kann. Ich sehe aber nicht auf dem Standpunkt, daß die Angelegenheit nur rein agrarisch zu betrachten ist, sondern sie ist zu betrachten aus der Konfiguration der Gesamtverhältnisse heraus. Ich sage das mit Vorbedacht, denn ich mache die Herrschaften darauf aufmerksam: wenn bestimmte Dinge gesellschaftlich im Reichtum wie hier durchgeführt werden sollen, so bedürfen Stände, die in einer Minorität sind — das sind ziemlich alle Stände, wenn man nicht nur nach Konsumenten und Produzenten gruppiert — auch der Mitwirkung von anderen, die ihnen nicht zugehören. Wenn man aber die Mitwirkung haben will, dann muß man in Dingen, wo man so oder so denken kann, auch mit sich reden lassen. Deswegen habe ich namentlich die Herren vom Bauernstand immer gebeten in Zeiten, wo sie einermöglichen das Heft in der Hand hatten, mit sich reden zu lassen. Ich habe oft gesagt:

Leut mit so! Leut mit so! Es kommt die Zeit — bist wieder froh!

Die Weisheit dieses Volksliedes ist auch auf dem politischen und wirtschaftlichen Felde von hoher Bedeutung. (Abg. Klüber: Mit und hat man nicht zurecht. —) Bisher Herr Klüber, man hat nicht nur ge-

und Goldminen zu verhandeln. Das war seine stärkste Seite, darüber vergaß er Brautwerbung und Rosenkönigin. Rose-Mary hatte indessen Otto Heinrich begrüßt und schenkte ihm gerne einen Tanz. Sie waren das schönste Paar und gaben sich mit solchem Feuer dem Tanz hin, daß sie darüber die ganze Welt vergaßen. Das Glück, sich umfassen zu dürfen, stand deutlich auf ihren Gesichtern geschrieben und ihre Herzen schlugen in heißer Liebeslust zusammen, daß sie nicht von einander lassen konnten. Aller Augen waren auf sie gerichtet, ein Früherer tief durch den Saal, die Damen zischten und tuschelten in höchster Erregung: „Welch ein Affront!... Sie tanzt mit ihrem Chauffeur-Boy!“

Der Name Marthall wurde von den Millionären begründet und über Rose-Mary ein Scherzbergericht gehalten. Sie kimmerte sich aber nicht darum, sondern sah sich in dem Arm ihres Tänzers so glücklich, daß sie am liebsten mit ihm durchs ganze Leben hätte gehen mögen. Welch ein herrlicher Mann! Und wie klug und lieb er zu reden verstand! Seine Worte flangen ihr wie Musik ins Ohr und machten ihre Seele jauchzen. Sein ganzes Wesen, seine gewählte Sprache und sein distinguiertes Benehmen verrieten den Mann von Bildung und vornehmer Abstammung. Gewiß war seine jegige untergeordnete Stellung nur eine Folge milder Verhältnisse, nach allem, was sie an ihm beobachtete, war er ein Auserwählter und zu Höherem berufen.

In einer Pause sagte sie ihm dies auf den Kopf zu: „Sie sind nicht der, für den Sie sich ausgeben, sondern etwas viel Besseres.“ Sprach sie. „Wollen Sie den Schleiter nicht stiften?“

Er sah sie in den Augen sehend, erwiderte er: „Ich könnte nur Einer mein Geheimnis enthüllen: der

stimmte, sondern man hat auch „mit Ihnen geredet“! (Zuruf vom Landbund: Gewiß — Abg. Fischer-Weihenheim: Abgeredet!) Nein, man muß nur mit sich reden lassen und muß nicht so handeln, als ob man allein auf der Welt wäre, weil man dadurch im gegebenen Augenblick seine eigenen Interessen aufopfert. Und gerade deswegen mache ich diese Bemerkung, weil ich wünsche, daß in den großen Fragen, namentlich des Zollschutzes und hier in dieser Frage, die ich eben angeschnitten habe, dasjenige, was Recht und Billigkeit fordert, auch tatsächlich erzielt werden kann.

Ich habe vom Rückgang der Betriebskapitalien in Gewerbe gesprochen und gesagt, daß sie begründet sind durch eine Depression in unserem Wirtschaftslieben. Diese Depression geht wohl in der Hauptsache zurück auf die internationale Lage, auf den Kreditnot zunächst, und die Kreditnot wieder geht zurück auf unsere ansehnliche Lage. Ob es hier vorwärts geht, ob die Kreditnot wieder behoben werden kann, diese Entscheidung fällt bei der Lösung der Probleme, die gegenwärtig in London behandelt werden. Ich bin kein Freund davon, daß man uns wieder unterlegen ein neues Schicksal hier geben kann, kein Freund von einer Politik, die das willenslos Radgebens und des unbesonnenen Hinnehmens, aber auch kein Freund von einer Politik, die uns in ein Chaos hineinwerfen könnte und unser Wirtschaftsleben rettungslos lautmachen würde. Ich glaube die einzig vernünftige Politik ist die, unserem Wirtschaftsleben durch Ermöglichung von ausländischen Krediten wiederum in Gang zu setzen und damit Brot und Arbeit in das Land zu bringen, aber auch Zeit zu gewinnen, denn nur die Zeit allein kann uns augenblicklich nach und nach zu besseren Zuständen zurückführen.

Damit habe ich, glaube ich, etwas ausgesprochen, was vielleicht von den einen oder den anderen nicht als Patriotismus angesehen wird; ich glaube aber, diejenigen, die dafür sorgen, daß unser Reich bestehen, leben kann, arbeiten kann, daß unser Wohlstand wieder Brot und Verdienst hat, ich glaube, eine solche Politik ist eine patriotische Politik. (Zuruf: Sehr richtig!) Die alten Römer — wenn ich nicht irre ist es Livius — haben einen Grundsatz ausgesprochen, der lautet: Et facere et pati magna Romanum est. Großes zu tun, Großes zu leiden, das ist Römer Art. Ich möchte sagen, Großes zu tun, Großes zu leiden, das muß deutsche Art sein. Heute ist die Stunde des Leidens. Leider Gottes ist er erster Stelle nicht das facere, das Tun, sondern das Leiden; das „Große“ bei diesem Leiden ist leider Gottes auch dazu gegeben worden. Ich bin aber überzeugt, es gibt auch eine Größe, eine Heldengröße und im Leiden bei den Nationen und wenn diese Heldengröße im Leiden da ist, dann wird auch die Stunde — wenn sie einmal schlägt — für das facere, für die Taten, stehen finden. Dagegen sagt der Römer in dem Grundsatz nichts von Magna loqui, große Sprüche machen und großen Reden drehen. Ein Patriotismus, der nur das „Magna loqui“ kennt, große Sprüche machen und großen Reden drehen, ich glaube, der wird in der Stunde des Leidens verfallen, er wird auch verfallen, wenn die Stunde des Leidens kommt. Mit Strapazieren können wir die Größe des deutschen Vaterlandes niemals wieder herstellen.

Die konfessionelle Frage in der Zentrumspartei.

Von einem protestantischen Zentrumsmittglied. Es schien eine Zeit lang nach der Revolution so, als sollte eine leise Veränderung in der konfessionellen Basis der Zentrumspartei eintreten. In der Praxis und im Grundsatz war freilich die Frage nach der Konfessionalität des Zentrums eindeutig und klar bestimmt vom Anfang an. Das Zentrum war von Beginn nicht ausschließlich katholisch, es hatte stets auch Protestanten unter sich und unter seinen Abgeordneten geholt. Aber das war eine sehr geringe Minderheit, die selbst vielen Zentrumsanhängern entweder nicht beachtet oder doch nicht richtig klar war. In der Tendenz war das Zentrum doch die große Kulturkampfpartei, die in erster Linie die Interessen der katholischen Kirche wahrnahm.

Nun stand das Zentrum vor neuen politischen Problemen. Die Pflicht rief es zur führenden und tragenden Staatspolitik, und da begann man darauf zu tun, ob die Basis nicht prinzipiell und ausdrücklich verbreitert werden sollte, so daß Protestanten in wachsender Stärke neben Katholiken zu stehen kämen. Ehe noch die theoretische Seite der Frage ganz geklärt war, versuchte man es mit der Praxis. Der Erfolg war, daß wesentliche protestantische Neuerwerbungen zu dem alten Bestande nicht gemacht wurden.

Dagegen war im Kampfe um die konfessionelle Grundlage der Zentrumspartei die konfessionelle Frage in ihrer Allgemeinheit für das gesamte Parteileben aufgeworfen worden. Der Gedanke lag natürlich auch nicht fern, daß, wenn auf der einen Seite ge-

Dame, die ich liebe — und auch nur dann, wenn ihr Jawort davon abhängt. Das aber kommt hier nicht in Betracht, denn wie dürfte ein Kärner um eine Königin freier? ... Sie erschrak über seine Kühnheit und war zugleich entzückt über seine zarte Südlings, die einem Liebesgeständnis gleich, und sagte dastig: „Sie schätzen mir so hochoboren, daß Sie es wagen dürften, um eine Königin zu freien — oder nicht?“

Er wich ihrem Blick aus und sagte achselzuckend: „Nurlose Frage! Ich bin weder ein Märchenprinz, noch ein Grausritter — auch hat es keinen Zweck, zu werben, wo doch die ganze Stadt weiß, daß diese schöne Hand bereits vergeben ist. Meinen Glückwunsch! Und nun wollen wir aus dem Nebelland der Träume und unerfüllten Wünsche in die Wirklichkeit zurückkehren und uns dem Tanze widmen.“

Er bot ihr den Arm; dabei gewahrte sie einen breiten, altertümlichen Goldring an seinem Finger, der ihr auffiel. „Welch seltsames Schmück!“ sagte sie. „Ist's Röhengrin's Rauberrin?“

Die Rosenkönigin.

Der Roman einer Dollorprinzessin von Felix Rabot.

„Na,“ erwiderte er kurz und bestimmt. „Was sagst du zu Henry Baker?“

„Dooooo“ machte Rose-Mary gedehnt, „im Grunde habe ich nichts gegen ihn, aber als Gatte, weißt du, kann er mit seiner Fiksmatur eine Frau von Temperament zur Verzweiflung bringen. Dabei ist er auch nicht ein bißchen eifersüchtig. Der reinste Selbstmord.“

„Du läufst dich, Mary, er wird ein musterhafter Ehegatte sein, der dich an Sünden trägt. Dabei ist er ein tüchtiger Geschäftsmann und ein gebiegender Charakter — und dies ist mir die beste Gewähr für dein Glück.“

blamiert und alle Girls in den U. S. A. fingen auf dich das Couplet aus der „Dollorprinzessin“: „Wig! wig! wig! was mir monke, So on my good old donkey! Ein Sumpfmänn, wig! wig! wig! Du! Das ist nicht mein Geschnack.“

Sie lachten übermütig und traten zum Tanze an. Trotz ihrer Schleppe tanzte Rose-Mary leicht und anmutig, Henry dagegen war steif und hölzern, ohne jeden Schwung. Auch der Tanz bedeutete für ihn nur ein fliegendes Geschäft, das er so rasch als möglich erledigen wollte.

Rose-Mary dachte schauernd: „So langweilig und öde wie dieser Tanz wird meine Ehe mit Henry sein — ein Tanz ums goldene Kalb. Schrecklich!“

Sie empfand Henry's Arm wie eine lästige Kette, die sie am liebsten von sich geschleudert hätte, und blickte sehnsüchtig nach dem Saaleingang. Da suchte sie plötzlich zusammen, alles Blut schoß ihr zum Herzen und ihre Wangen überzog ein flammendes Rot — dort bei der Türe stand Otto Heinrich in stolzer, selbstbewusster Haltung, in tadelloser Gesellschaftsanzug, Cavalier vom Scheitel bis zur Sohle. Seine Augen strahlten sie so freudig an, daß sie unruhig und unsicher wurde, aber zugleich durchströmte sie ein niegekanntes Glücksgefühl. Ermüdung vordringend, legte sie im Tanze aus, und da Henry von Schäften zu reden anfing, gab sie ihm einen Schlag mit dem Fächer und rief: „Geh, du ewige Addiermaschine und tritt mir erst wieder unter die Augen, wenn du mich angenehmer zu unterhalten verstehst.“

und Goldminen zu verhandeln. Das war seine stärkste Seite, darüber vergaß er Brautwerbung und Rosenkönigin. Rose-Mary hatte indessen Otto Heinrich begrüßt und schenkte ihm gerne einen Tanz. Sie waren das schönste Paar und gaben sich mit solchem Feuer dem Tanz hin, daß sie darüber die ganze Welt vergaßen. Das Glück, sich umfassen zu dürfen, stand deutlich auf ihren Gesichtern geschrieben und ihre Herzen schlugen in heißer Liebeslust zusammen, daß sie nicht von einander lassen konnten. Aller Augen waren auf sie gerichtet, ein Früherer tief durch den Saal, die Damen zischten und tuschelten in höchster Erregung: „Welch ein Affront!... Sie tanzt mit ihrem Chauffeur-Boy!“

Der Name Marthall wurde von den Millionären begründet und über Rose-Mary ein Scherzbergericht gehalten. Sie kimmerte sich aber nicht darum, sondern sah sich in dem Arm ihres Tänzers so glücklich, daß sie am liebsten mit ihm durchs ganze Leben hätte gehen mögen. Welch ein herrlicher Mann! Und wie klug und lieb er zu reden verstand! Seine Worte flangen ihr wie Musik ins Ohr und machten ihre Seele jauchzen. Sein ganzes Wesen, seine gewählte Sprache und sein distinguiertes Benehmen verrieten den Mann von Bildung und vornehmer Abstammung. Gewiß war seine jegige untergeordnete Stellung nur eine Folge milder Verhältnisse, nach allem, was sie an ihm beobachtete, war er ein Auserwählter und zu Höherem berufen.

In einer Pause sagte sie ihm dies auf den Kopf zu: „Sie sind nicht der, für den Sie sich ausgeben, sondern etwas viel Besseres.“ Sprach sie. „Wollen Sie den Schleiter nicht stiften?“

Er sah sie in den Augen sehend, erwiderte er: „Ich könnte nur Einer mein Geheimnis enthüllen: der

Regarn
ca. 60 m . 10 Pf
2 gr . 10 Pf
Wieser
153.

113er
aligen 5. Bad. Infan-
tall in der alten Gar-
nall errichtet werden,
dieses Dankeszeichen
Folgen von Verwan-
denen Helden, die
e mit ihren Leibern
n Vaterland mit dem
en, richtet sich unser
rigen des Regiments,
ab gestanden, deren
anter der Fahne des
mal erster, würdig
erster Helden und
stadt Freiburg.
Können.
en ein Viel.
ne Gabe willkommen.
Spenden entgegenzu-
Denkmalsausschuß in

ck bestimmte Gaben
checkkonto Karlsruhe
enden, Herrn Ludwig
en oder uns unmittel-

den Absichten des
ck noch im Oktober
kauft der ehem. 113er
Auskunft hierüber er-

er Karlsruhe.
and:
Josef Weber
Schriftführer
Gluckstraße 13.

RTEN
-12 Uhr
erkapelle bei der
m Schwarzwald-
8-10 1/2 Uhr
kapelle.
0 1/2 Uhr:
Karlsruhe.

errill, klimatischer
Erholungsort
im Donautal.
Feinschmecker
sion v. M. 5.- an
A. Hausen.

pannkuch & C
Ansek-
Brannwein
zum Ansehen
für Hölzer
Litter 210
einschließl. Steuer
pannkuch & C

Deutscher Reichstag.

Die Immunität der Abgeordneten.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Der Geschäftsordnungs-Ausschuss des Reichstages beschloß heute in der Sitzung vom 25. Juli mit einer Reihe wichtiger Anträge, die durchweg die Immunität der Abgeordneten betreffen. Es lag ein Ersuchen der bayerischen Delegation vor um Fortsetzung des Disziplinarverfahrens gegen einen wegen Hochverrats rechtskräftig verurteilten deutschösterreichischen Abgeordneten, der ein hohes bayerisches Amt bekleidete. Der Ausschuss beantwortete zunächst die Reichstagesfrage dahin, daß nach der Literatur und der ständigen Praxis des Reichstages das Disziplinarverfahren dem Strafverfahren gleichzustellen ist, so daß also der Reichstag über die Immunität und die Aufhebung des Disziplinarverfahrens zuständig ist. In der Sache selbst entschied der Ausschuss gegen die Stimmen der Deutschösterreichischen und der Kommunisten bei einigen Stimmentauschungen mit großer Mehrheit dahin, daß die Immunität des beteiligten Abgeordneten aufzuheben sei, da gerade bei einem Beamten Hochverrat so schwer wiege, daß das Interesse der Staatsautorität an der Fortsetzung des Disziplinarverfahrens das Interesse des Reichstages an der Aufrechterhaltung der Immunität unbedingt überwiege.

Ein weiterer Fall betraf die nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung gegen einen Reichstagsabgeordneten, der als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung ehrenrührige Behauptungen gegen den Antragsteller ausgesprochen hatte. Nach längerer Aussprache beschloß der Ausschuss, die Angelegenheit zu verlagern, um den Fraktionen Gelegenheit zur grundsätzlichen Stellungnahme über Immunität der Abgeordneten als verantwortliche Redakteure zu geben. Der Ausschuss ist in seiner Mehrheit der Auffassung, daß im allgemeinen die Immunität bei Verleumdungen aufrecht zu erhalten sei. Grundfähig bedarf aber die Frage der Befreiung, ob dieser Standpunkt dann eine Abänderung zu erfahren hat, wenn ein Abgeordneter etwa offensichtlich seine Abgeordneten-Qualität dazu mißbraucht, um als verantwortlicher Redakteur gegen die strafrechtliche Verfolgung wegen Verleumdung Strafbares Inhalts geschützt zu sein. Da es sich hierbei um eine grundsätzliche wichtige Frage handelt, so wird eine geeignete Formulierung zu suchen sein, um Mißbräuche in dieser Hinsicht wirksam zu treffen, im übrigen aber die Immunität der Abgeordneten auch wegen Presstatistiken zu schützen.

Weiter wurde die Beschwerde eines kommunistischen Abgeordneten wegen seiner widerrechtlichen Inhaftnahme durch die Hamburger Polizeibehörde für berechtigt erklärt und darauf in Form einer Entschließung ein Ersuchen an die Reichsregierung beschlossen, durch strikte Anweisung an die nachgeordneten Behörden die Abgeordneten gegen jede Verletzung ihrer verfassungsrechtlichen Immunität zu schützen.

Studentennot im Reichstag.

Von Reichstagsabg. Schulte (Weisau).

Mit der steigenden Kreditnot und Kapitalarmut ist auch die Notlage des größeren Teils der deutschen Studierenden an den Hochschulen gewachsen. Zahlreiche Studenten verfügen nicht über ein Viertel oder ein Fünftel des Existenzminimums. Viele Zuwendungen, die sonst aus dem Reichstagshaushalt fließen, sind angehalten der Geldarmut und des Darniederliegens der Wirtschaft teilweise oder ganz verweigert. Bereits im Juni hatte ein Antrag Dr. Schreiber (Str.), Dr. Waldenauer (D. Wpt.), Koch (Dem.) die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die außerordentliche Notlage gelenkt. Das Zentrum beantragte die Ueberweisung dieses Antrages an den Haushaltsausschuss. Abg. Dr. Schreiber erklärte am 23. Juni im Haushaltsausschuss, die steigende Not und die Tuberkuloseerregung sprächen für diesen Antrag. Im weiteren Verlauf der Angelegenheit lege er hiermit den konkreten Antrag vor, die für die Zwecke der studentischen Hilfsvereine eingeleitete Summe von 600 000 Mk. auf 1 200 000 Mk. zu erhöhen. Reichsfinanzminister Luther erklärte, daß er aneignung der Finanzlage auf äußerste Sparlichkeit dringen müsse, aber die Notlage der Hochschulstudierenden sei so allseitig anerkannt, daß er keinen Widerpruch erheben wolle. Der Antrag Dr. Schreiber fand einstimmige Annahme.

Möge er die Veranlassung dazu werden, daß auch die private Fürsorge gleichzeitig gesteigert wird. Mit Genehmigung läßt sich feststellen, daß in diesem Sommer durch die Deutsche Caritas für Akademiker 200 Studenten je 4 Wochen in Vorkursfamilien zur besseren Ernährung untergebracht werden.

Der Reichspräsident und die europäische Studenten-

hilfe. Berlin, 24. Juli. Der Reichspräsident richtete an die dritte Jahreskonferenz der europäischen Studentenvereine die folgende Rede:

„Todesstrahlen.“

Von Hans Derstoff, Berlin.

Die durch vier Jahre Weltkrieg verfertigte Phantasie der westeuropäischen „Kultur“ wittert jetzt heute noch abendliche Blüten. Vor kurzem wurde in den Zeitungen von einem Erfinder berichtet, der sich während des Krieges an das preußische Kriegsministerium wandte und damals den Grafen von Oppersdorf um große Summen bat. Er hatte angeblich eine Strahlenart erfunden, die noch auf viele Meter Entfernung jedes organische Leben vernichtet. Eine verborgene Starbormel, die den Tod des Verachteten in betrübender Weise herbeiführte, brachte ihn rechtzeitig hinter Schloß und Riegel.

Seit jener Zeit ist die Rede dieser „Erfinder“ von Todesstrahlen, die auf die Gurgelbarkeit ihrer Geldgeber hinwirken, nicht abgerissen. In Deutschland trat nach dem Kriege der Ingenieur Ulrich diese Erfindung an. Er beantragte die Veröffentlichung, bis der Herr Staatsanwalt sich etwas eingehender mit seinem „Apparat zur Ausnutzung der Atomenergie“ beschäftigte. Die Folge davon war, daß der zweite Erfinder wegen vollendeten Betrugs dem ersten hinter Schloß und Riegel Gesellschaft leisten darf. Ja, diese Strahlen, die Pulver entzündeten, Motore zum Stillstand brachten, jedes Leben töteten, wurden zum etwa einem Jahr ein beachtlicher Zeitspinner und ein Instrument zur weiteren Vertiefung der politischen Atmosphäre in der französischen Presse. Graf Arco registriert diese französischen Meldungen in seiner Zeitschrift „Die Sendung“ (Heft 3). Eine Anzahl von Automobilen, welche hauptsächlich in Australien gehandelt, waren auf der Fahrt nach Italien und sämtlich in voller Fahrt von einer unsichtbaren Kraft zum Stillstand gebracht worden. An diese Berichte schloß sich zahlreiche elektrische Wellen an, durch welche die Hindereinrichtungen der Automobilwerke durch den Erfinder dieser Wellen von der Großstation Italien aus aufrechterhalten werden. Deutschland sollte damit zeigen, welche neuen furchtbaren Kriegsmittel es sich trotz aller Abkürzungswörter durch wissenschaftliche Arbeit verschafft habe.

Es folgten die Meldungen über die bei Nürnberg mit denselben Strahlen erzwungenen Notlandungen der französischen Ballonflieger. In diesen Tagen nun

weltbundes, die vom 24. bis 31. Juli in Schloß Elmau bei Garmisch-Partenkirchen stattfanden, folgendes Telegramm: „Der Europäischen Studentenvereine des christlichen Studentenbundes sende ich anlässlich ihrer 3. Jahreskonferenz meine besten Grüße und Glückwünsche. Es ist mir ein Bedürfnis, an dem Tage, an dem die Konferenz auf deutschem Boden zusammentritt, der Europäischen Studentenvereine aufrichtigste Hilfe zu leisten. Die Europäischen Studentenvereine sind ein wertvolles Instrument zur Förderung der Jugend der Studierenden in Europa. Die Studierendenvereine sind ein wertvolles Instrument zur Förderung der Jugend der Studierenden in Europa.“

Die Aufwertungsforderung im Reichstag: ausschuss.

Berlin, 25. Juli. Der Aufwertungsausschuss des Reichstags trat heute in die allgemeine Aussprache ein. Zu der Sitzung waren 14 Vertreter der landwirtschaftlichen Interessenverbände als Sachverständige geladen, die sofort vernommen wurden. Zuerst sprach der Vorsitzende des Hypothekengläubiger- und Schuldnerverbandes, Seifert. Dann begründete Professor Gohmann die wirtschaftlichen Forderungen des Schuldnerverbandes. Er hielt die Aufwertung sämtlicher Schulden für durchführbar. Abg. Kulenkampff (D. Volksp.) berechnete, daß bei der Durchführung der Forderung der Schuldnerverbandes die deutsche Wirtschaft bei 1 Prozent Goldzins jährlich rund 1780 Millionen Goldmark an Zinsen zahlen müßte, eine unumgängliche Leistung. Für den Schuldnerverband des deutschen Industrie sprach Dr. Frowein, der erklärte, daß die schweren Lasten des Sachverständigenausschusses von der Wirtschaft, so wie sie heute sei, nicht getragen werden könnten. In weiteren Verläufe der Sitzung des Aufwertungsausschusses erklärte auf verschiedene Fragen der Sachverständigen Frowein schließlich, daß man unmöglich in die Betriebe der Industrie die bilanzmäßige Ordnung hineinbringe und die richtige Kreditunterlage für die Betriebsfortführung erhalte, wenn nicht endlich mit der Aufwertungsforderung ein Ende gemacht werde. Die dritte Steuerreformordnung stelle das Maximum dessen dar, was heute an Aufwertung möglich sei. Als Sachverständiger für die Landwirtschaft wurde Herr von Stauffenberg vom Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft vernommen. Er erklärte, daß die Landwirtschaft mit einer Aufwertung unter bestimmten Voraussetzungen einverstanden sei. Die Aufwertung müßte bei den Kriegsanleihen beginnen. Zum Schluß sprach noch Oberbürgermeister Günzer für den Verband deutscher Sportler. Darauf vertagte sich der Ausschuss unter Vorbehalt der Ladung weiterer Sachverständiger. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am Montag stattfinden. Die Sachverständigen werden die Expertengutachten dem Ausschuss auch schriftlich übermitteln.

Die Ausföhrungsgehe

dürfen, wie die Dinge heute im Reichstag liegen, kaum vor dem 10. August an diesen gelangen. Ueber den Inhalt der Gesetze, die übrigens noch nicht vollständig abgeschlossen ist, hat der Reichstagsrat die Parteiführer in vertraulicher Aussprache unterrichtet. Da diese Gesetze von außerordentlicher Bedeutung sind, und da eine einheitliche Stellungnahme auch mit den ausländischen Kommissionen und der Reparationskommission noch nicht herbeigeführt ist, liegt eine Geheimhaltung des Inhalts im dringenden Interesse des Reichs. Es ist deshalb auf die Anweisung ergangen, daß der Inhalt dieser Gesetze streng vertraulich gehalten werden muß, anderenfalls, wie das jetzt gegenüber der Notlage in Berlin wegen Veröffentlichung des Eisenbahngesetzes geschehen ist, Verschärfungen wegen Preisgabe von Staatsgeheimnissen zu gewärtigen sind.

Die Not der Kriegsbeschädigten und der Reichstag.

Die Reichstagsdebatte vom Mittwoch, in welcher die verschiedenen Anträge der Parteien zur Steuerung der wirklich ganz außerordentlichen Not der Kriegsbeschädigten wie auch der Erwerbslosen und Arbeitslosen zur Debatte stand, hat äußerlich kein erhebendes Bild. Sehr kennzeichnend ist die Tatsache, daß von den internationalen und völkischen Zusammengekommen kaum ein halbes Dutzend Abgeordnete während des größten Teiles der Debatte zugegen waren. Mit am stärksten vertreten war die Zentrumsfraktion, die in dem Abg. Gering für die Fragen der Invaliden- und Unfallversicherung auch den Berichterstatter stellte.

Ausland.

Das neue griechische Kabinett.

Paris, 25. Juli. Nach Meldungen aus Athen ist das neue griechische Kabinett gestern unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Souboulis gebildet worden. Außenminister ist Neufoss. Das

neue Kabinett, das Vertreter der sämtlichen Parteien umfaßt, hat eine günstige Aufnahme gefunden. Es wird sich am 28. Juli dem Parlament vorstellen.

Die Lage in Brasilien.

Eine Gegenoffensive der Aufständigen.

Paris, 25. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires dauert die Belagerung der Stadt Sao Paulo durch die Bundesstruppen an. Die Lage hat sich in den letzten 24 Stunden infolge der veränderten, als die Aufständigen südlich der Stadt Verano angriffen, angeändert. Sie bereiten eine Gegenoffensive auf Rio de Janeiro vor. In verschiedenen Städten ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Zeitungen dürfen nur die offiziellen Communiqués veröffentlichen. Die ausländischen Blätter sind verboten.

Die fremden Eisenbahner unter der internationalen Eisenbahngesellschaft.

London, 24. Juli. Die Franzosen und Belgier versuchen, den Bankiers mit folgendem Vorschlag entgegenzukommen: Die ökonomische Räumung der Ruhr beginnt am 15. August und ist in 8 Wochen vorüber. Was die verlaufenden französischen und belgischen Eisenbahner anbetrifft, so werden sie der internationalen Gesellschaft beigegeben, die nach dem Damesbericht die Geschäfte der Eisenbahn besorgen. Gegen diesen Vorschlag wenden sich nicht nur die Bankiers, sondern auch die Engländer, die dadurch die ökonomische Einheit Deutschlands gefährdet sehen.

Chronik.

Baden.

Birrach, 25. Juli. (Hochbetrieb beim Bahnhofsneubau.) Beim Bahnhofsneubau herrscht zurzeit Hochbetrieb. Der Berup der inneren Fassade ist jetzt fertig gestellt. Die Ueberdachung des Bahnsteiges 5 (Geldw.) ist bereits in Angriff genommen. Der Neubau am westlichen Flügel des Aufnahmehauses, in welchem die Sperre und Fahrplankontrolltürme sowie die Ausföhrungsstelle verlegt werden ist, ist nahezu fertig und wird am 1. August in Betrieb genommen. Da auch die neue Bahnhofsverwaltung bis 15. August fertig und in Betrieb genommen werden dürfte, so kann bis Ende August die bisherige Verkehrsabrade entfernt und dann mit der Erstellung der neuen Sperrenausgänge begonnen werden.

Bierach (bei Gengenbach), 25. Juli.

(Zum Motorradverkehr.) Das dreijährige Schicksal des Fabrikanten Ritsche wurde, als es über die Strafe lief, von einem Motorrad verursacht und schwer verletzt. — (Unglücklicher Sturz.) Der Sohn des Brauereibesizers Aaver Neble fiel auf dem nassen Zementboden so unglücklich auf einen scharfkantigen Gegenstand, daß er einen Schädelbruch erlitt und lebensgefährlich darniederlag.

Willingen, 25. Juli.

(Eisenbahnunfälle.) Auf der Schwarzwaldbahn ereigneten sich letzter Tage zwei Entgleisungen. Auf der Aufbacher Brücke kurz vor der Station Triberg geriet die Lokomotive eines Personenzuges mit der vorderen Achse aus den Gleisen, so daß längere Zeit einseitiger Betrieb aufrecht erhalten werden mußte. Personen kamen nicht zu Schaden. Die zweite Entgleisung erfolgte vor dem Eingang zum Hohentunnel bei Triberg, wobei ein Güterwagen während der Fahrt aus den Schienen sprang.

Klengen bei Willingen, 25. Juli.

(Das dabongeschwommene Kalb.) Ein aufregender Vorfall hat sich an der Brigach abgespielt. Als der Landwirt Eugen Mauch von Ströbber auf dem Bahnhof Klengen ein Kalb verladen wollte, ging dieses durch, sprang in die Brigach und schwamm davon. Der Besitzer eilte dem Tier nach, da er aber nicht schwimmen konnte, kam er in große Lebensgefahr. Die Abtät des Bahnhofswirts Andreas Weißhaar dem um sein Leben

Kämpfenden zu retten, wurde dadurch vereitelt, daß der dem Ertrinken nahe Mann sich an seinen Helfer klammerte und diesen ebenfalls in die Fluten zog. Nur dem Eingreifen des Landwirts Anton Zippel war es zu danken, daß die beiden Männer aus ihrer gefährlichen Lage gerettet werden konnten. Der Kalb war inzwischen von selbst wieder an Land gegangen.

Häselheim bei Müllheim, 25. Juli.

(Zum Seilwagen heruntergeworfen.) Auf der Seilfahrt mit einem mit Seil beladenen Wagen schenkte das Pferd eines hiesigen Landwirts am Bahnübergang vor einem heranfahrenden Zuge. Infolge des plötzlichen Stoßes wurde der Landwirt vom Wagen geschleudert und fiel so unglücklich auf einen Randstein, daß er sich einen Schädelbruch zuzog, der den Tod des Verunglückten zur Folge hatte.

Saig bei Neustadt i. Schw., 25. Juli.

(Das Haus der ermordeten Eheleute Köpfer ist von der Gemeinde Saig an die katholische Studentenverbindung Germania-Hohentwiel von Freiburg vermiethet worden, da sich kein geeigneter Handwerker als Mieter fand. Das Grab der Eheleute Köpfer ist jetzt schon hergerichtet und mit einem schlichten Grabstein geschmückt, der folgenden Spruch trägt: „Die Beiden gingen still durchs Leben. — Gott und einander trenn ergeben. — Bis eines Wunders jüdische Hand — Sie auch im Tode noch verbannt.“

Aus andern deutschen Staaten.

Berlin, 25. Juli. (Vor Eröffnung des Nachflußverkehrs Berlin-Stockholm.) Wegen Verzögerung der notwendigen technischen Vorbereitungen mußte die Eröffnung des von den Junker-Werken geplanten Nachfluß-Nachverkehrs Berlin-Warnemünde-Stockholm verschoben werden. Zimmerlin ist damit zu rechnen, daß die Aufnahme des Verkehrs auf dieser Luftstrecke noch im Laufe dieses Monats erfolgt.

Aus dem Ausland.

Paris, 25. Juli. (Brandkatastrophe in Texas.) Nach einer Havasmeldung aus Ranger (Texas) ist eine Häusergruppe in dem Geschäftsviertel der Stadt durch einen Brand vernichtet worden. Sechs Personen wurden dabei getötet, 15 verwundet. Der Schaden beträgt 1 Million Dollars.

Kirchliche Nachrichten.

P. Joseph Mayer f. In Maria-Wal bei Baden in der Schweiz starb am 22. Juli unerwartet schnell an einem Herzschlag, mit dem H. Sterbeformatelen versehen. P. Joseph Mayer C. S. S. M. im Alter von 74 Jahren. P. Mayer war Lehrer, er war ein Wiener Kind, Schüler des belarnten P. A. Hummerle. Er ergriffte uns oft, wie seine Großmutter ein Mitglied des hl. Clemens-Ordens war und vielzeitig diesem Umstand seinen Beruf zum Ordensstand und in die Congregation des allerheiligsten Erlösers zu verdanken habe. Als Volksmissionar und Exerzitiener ist er in Süddeutschland und Belgien bekannt. Demnach sind die Missionen und Exerzitionen, die er in Stadt und Land gehalten oder an denen er sich beteiligt hat in Eckerweid, Wämlen, Ungern und seit 1894 in Eßau-Rohrbirgen, Baden und der Schweiz. Vor dem Krieg begleitete nach Maria-Ginsiedeln und dort bei seinen Pilgerfahrten nach Maria-Ginsiedeln und hielt dort die entsprechenden Reden und Ansprachen. Seine letzte Einsiedlung war bei Waldheim. Seiner Beerdigung mit dem Pilgerzug von Waldheim zum Krater Christi-Kindeln und nach mehrere andere kleinere religiöse Werke. Dem Kunstsinne, wie er wegen seiner Liebe zur Baukunst genannt wurde, und Anregungen zur Verbesserung der religiösen Kunst, wie die Restaurierung der Marienkirche in Heidelberg ein. Aber Leute wie David Fr. Strauß haben in ihm damals schon einen geistlichen Künstler allerersten Ranges gesehen. Seine religiöse Kunst, wie Humboldt sich ausdrückte, 1872 kam Anno Fischer wieder nach Heidelberg zurück. Eine seiner größten Verdienste ist die Freilegung des Weges zu Kant. Er, der kritisch gesuchte Hegelianer, war der Berufene, den Sinn des kantischen Kritizismus zu verstehen. Seine Konkreten Rief und Lobes sollen gegen ihn ab. Seine transcendente Methode ist für die Philosophie das, was für die Technik Hammer und Zange ist. Am 5. Juli 1907 starb der 83jährige Gelehrte. Er hatte noch den mittelbaren Kontakt mit der Epoche, die ihm als die kritische der abendlichen Geistes erschien. Sein monumentales Verdienst ist seine Interpretation auf Grund des größtmöglichen Sachverständnisses bis ins einzelne Wort. Und in diesem Sinne wollen wir ihn täglich feiern. Der Beifall der aufmerksamen Zuhörer, unter denen sich der Kultusminister Dr. Hellpach befand, war herzlich. Die Feier verlief würdig ihrer hohen Bedeutung.

Segne, 22. Juli. Bei den Exerzitionen fanden sich ein 86 Geistliche, darunter Herr Weihbischof Dr. Spoll aus Mottenburg. Die Vorträge hielt S. P. Frühlich S. J. und Aushilfe leistet S. P. Gallus aus Birnau.

mit in Zusammenhang stehendes Problem, an dem kein

Geringerer als Marconi in den letzten Monaten arbeitet, ist das der gerichteten Strahlen in einer geordneten Richtung. Bei der großen Wichtigkeit, mit der die Marconigesellschaft erfahrungsgemäß ihre Verdienste in die Öffentlichkeit gibt, und bei dem unbedingten wissenschaftlichen Ernst, der diesen Berichten beizumessen ist, kann nach den jüngsten Meldungen Marconis allerdings mit der Lösung dieses Problems der gerichteten Wellen gerechnet werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Zurückhaltung, mit der auch die Marconigesellschaft die Erfindung der „Todesstrahlen“ beurteilt. Nach dem Artikel der Fachzeitschrift und nach dem Verhalten der Erfinder, die nähere Angaben selber ebenso angänglich vermeiden haben wie eine einwandfreie Ausführung ihrer Apparate, ist daher mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es sich auch diesmal wieder um eine Täuschung handelt. Und wenn es so ist, dann ist es schade, daß es so gewaltiges Mittel diese — Telestrahlen, (um sie nach einem vorausgehenden Roman von Kurt Rahmoff zu nennen) in der richtigen Hand zur Erlangung eines gefunden und dauernden Friedens sein könnten, eine ebenso furchtbare und alles vernichtende Waffe wären sie in der Hand eines modernen Wissenschaftlers.

Kuno Fischer-Feier der Universität Heidelberg.

Anlässlich des 100. Geburtstages Kuno Fischers feierte die Universität im Neuen Kollegienhaus eine Erinnerungsfest im großen Heidelberger Philosophieveranstaltung. Als Einleitung spielte Dr. R. Pöppel in gebogener Meisterhaftigkeit J. S. Bachs Fuge in G-Dur für Orgel. Die Festrede hielt Prof. Dr. Ernst Hoffmann. Er glaubt, Heidelberg und Jena hätten das Recht, den 100. Geburtstag Kuno Fischers zu einem öffentlichen Akt zu stemeln, besonders Heidelberg, dem der Geisteshistoriker 72 von den 102 Semestern seines Schaffens angehört hat. Die Meinung, Kuno Fischer habe nur formale Talente besessen, ist überkommen. In den zehn Bänden der neueren Philosophie fand er logischen den Mittelpunkt, der allen großen Philosophen eigen ist, auch die Aufgabe ist erfüllt, wenn das System in sich selbst ruht. Dagegen hat sich nicht gelohnt. Jeder große Philosoph schafft sich ein Stück Geschichte. Leo in Halle gab ihm das zweite mit: das eigene Verständnis für alles Individuelle in der Geschichte. Die Totalität trägt Geschichte. Am 28. der Weltkenntnis treten wir ganz aus dem Dasein heraus. Das ist nicht Wirk-

fung, sondern etwas epochal Neues und kann nicht empirisch begriffen werden. Geschichte der Philosophie ist Geschichte der Kräfte. Die Freiheit des wahrhaft philosophischen Gedankens beherrschte Kuno Fischer. Das ist die „neue“ Epoche, die nova scientia, die mit Descartes und Bacon begann im Gegensatz zur scientia herennica der Scholastik. Der Siegesspruch der nova scientia war: „Ich denke, daher bin ich.“ Jeder ist originell von Descartes bis Hegel. Kuno Fischer setzte seinen Akzent darauf, selbst der typische Richter dieser „neuen“ Epoche zu sein. Das brachte ihm die Entgegnung der venia legendi in Heidelberg ein. Aber Leute wie David Fr. Strauß haben in ihm damals schon einen geistlichen Künstler allerersten Ranges gesehen. Seine religiöse Kunst, wie Humboldt sich ausdrückte, 1872 kam Anno Fischer wieder nach Heidelberg zurück. Eine seiner größten Verdienste ist die Freilegung des Weges zu Kant. Er, der kritisch gesuchte Hegelianer, war der Berufene, den Sinn des kantischen Kritizismus zu verstehen. Seine Konkreten Rief und Lobes sollen gegen ihn ab. Seine transcendente Methode ist für die Philosophie das, was für die Technik Hammer und Zange ist. Am 5. Juli 1907 starb der 83jährige Gelehrte. Er hatte noch den mittelbaren Kontakt mit der Epoche, die ihm als die kritische der abendlichen Geistes erschien. Sein monumentales Verdienst ist seine Interpretation auf Grund des größtmöglichen Sachverständnisses bis ins einzelne Wort. Und in diesem Sinne wollen wir ihn täglich feiern. Der Beifall der aufmerksamen Zuhörer, unter denen sich der Kultusminister Dr. Hellpach befand, war herzlich. Die Feier verlief würdig ihrer hohen Bedeutung.

Oberbayerische Dialektgruppe der Bayer. Landesbühne. Gastspiele nach Ostland, Ostland, Litzland, Anwandl S. A. Strauß, in dessen Händen die gesamte künstlerische und organisatorische Leitung der Bayer. Landesbühne liegt, beschäftigt, eine oberbayerische Dialektgruppe der Landesbühne herzustellen und durch sie die Tätigkeit der Bayer. Landesbühne auch über die Grenzen Bayerns hinaus zu tragen. Dieser Plan, in dessen Rahmen Kitzling auch schon ein Gastspiel in unserer Stadt stattfand, hat überaus großen Anklang gefunden. So erhielt die Gruppe außer von vielen deutschen Städten u. a. auch eine Einladung zu einem längeren Gastspiel nach Neval, an das sich Vorstellungen in weiteren Städten Ostlands sowie Lettlands und Estlands anschließen sollen.

Handel und Volkswirtschaft.

Neue Steuern und ihre Wirkungen.

w.w. Die finanzpolitischen Bemühungen der Reichsregierung in den letzten Monaten waren darauf gerichtet, den öffentlichen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Nach den letzten Ausweisen der Reichsfinanzverwaltung ist das ungefähr erreicht worden. Nun gilt es, darüber hinaus Beträge aufzubringen, welche wir an unsere Reparationsgläubiger abliefern können und für solche Posten Ersatz zu schaffen, welche aus den Einnahmen des öffentlichen Haushaltes ausscheiden und den Alliierten unmittelbar zugute kommen sollen.

rück, und so vermindert sich die Sicherung, welche unsere Gläubiger aus der Verpfändung dieser Steuereinnahmen haben wollen. Unser Volk hat sich bisher auch nicht annähernd ein richtiges Bild von den Folgen gemacht, welche die erzwungene Steuerpolitik des Reiches in den nächsten Jahren für die Lebenshaltung und das Schicksal der Massen haben muss.

Reichswirtschaftsminister Hamm über die zukünftige deutsche Handelspolitik.

Berlin, 25. Juli. Der Reichswirtschaftsminister hat dem Berliner Vertreter der Times eine Unterredung über die Frage gewährt, welche grundsätzliche Bedeutung der neuen Agrarzulassung für die Neuorientierung der deutschen Seehandelspolitik beizumessen sei, in der er folgendes ausführte:

Man spricht von der Agrarzulassung vielfach als wenn sie ganz neue Wege einschläge. Das ist nicht der Fall. Sie stellt wieder her, was war. Wenigstens seit der Ausserkraftsetzung dieses Zolls vor zehn Jahren vieles verändert hat, insbesondere durch den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Überschussgebiete, so ist doch wohl auch für die Folge klar, dass ein Land, wie Deutschland nicht auf den Schutz seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber der Einfuhr aus klimatisch begünstigteren Ländern ganz verzichten kann.

Bei der Beurteilung der Zollfrage darf nicht übersehen werden, dass die Belastung der inländischen Erzeugung durch die Umsatzsteuer die Zollbelastung ausländischer Waren zu einem grossen Teile aufwiegt. Auf die Frage, wie man etwa die zukünftige Zoll- und Handelspolitik Deutschlands vorläufig sich vorstelle, antwortete der Minister: Die Reichsregierung ist sich bewusst, dass nach den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen das Schicksal der deutschen Wirtschaft zu einem noch wesentlich grösseren Teile als früher von Aussenhand abhängen wird.

werden sollen. Insbesondere aber erwartet Deutschland durch diese Verträge die Gleichberechtigung und die Möglichkeit, sich mit anderen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete wieder zu erlangen.

Die Kurse verstehen sich für 1 Billion Prozent.

Table with 2 columns: Stock symbols (e.g., Hapag, Nordl. Lloyd, Dresdener Bank) and their corresponding prices.

Börsenbericht.

Berlin, 25. Juli. Die feste Tendenz hat sich an der Börse bis Wochenende erhalten. Man gibt sich noch immer einem gewissen Optimismus hin, obwohl die heute vorliegenden Meldungen aus London noch keinen besonderen Fortschritt der Konferenz erkennen lassen und vor allem die Frage, unter welchen Bedingungen die deutschen Delegierten an den Beratungen teilnehmen sollen, noch völlig ungeklärt ist.

Kriegsanleihen, die bei Beginn der Börse bis 310 gehandelt wurden, bröckelte der Kurs sehr bald auf 302 1/2 ab. 3 1/2 Konsols wurden zu 545 Mk. in erheblichen Beträgen umgesetzt. Die Lage des Geld- und Devisenmarktes ist unverändert. Montanwerte zeigten bei überwiegend sehr stillem Geschäft gegenüber gestiegenem Schluss ein leicht erhobtes Bild.

Handels- u. Gewerbebank A. G. Gegründet 1856 Karlsruhe Friedrichsplatz 9 Rentenmark-Konten Einlagen wertbeständig garantiert

Betriebs Einstellung. Die Baumwollspinnerei und -Weberei Lampertmühle (Kaiserslautern), die 500 bis 600 Arbeiter beschäftigt, wird diese Woche wegen Absatzmangel und Kreditmangel ihren Betrieb einstellen.

Pforzheimer Edelmetallpreise vom 25. Juli. Ein Kilo Gold 2760 Billionen Geld, 2800 B. Brief, ein Kilo Silber 90,50 B. Geld, 91,50 B. Brief, ein Gramm Platin 14,70 B. Geld, 15,20 B. Brief.

Auf dem Bühler Obstmarkt vom 24. Juli waren etwa 40 bis 50 Zentner angefahren. Es wurden erzielt für Rievers 20-25 Pfg., Gute von Bry 20-25 Pfg., Flotow 21-25 Pfg., für Aepfel 10-12 Pfg.

Pfälzische Mühlenwerke in Mannheim. Infolge der neuen Verordnung, wonach die PKM-Bilanz nicht mehr veröffentlicht werden darf, wurde der Vorstandsrat in der Hauptversammlung ohne Bilanz ausgetreten.

Schiffs- und Maschinenbau-A.G., Mannheim. In der Generalversammlung wurden die Regularien einstimmig genehmigt und der Reingewinn von 1.158,71 Millionen Mark vorgetragen. In der gleichzeitig vorgelegten Marktbilanz ist das Aktienkapital von 600.000 Mark unverändert beibehalten.

Auf dem Nürnberg Hopfenmarkt vom 24. Juli waren 10 Ballen Zufuhr zu verzeichnen. Der Umsatz betrug 15 Ballen. Die Geschäftslage war unverändert. Markthopfen wurden zum Preise von 190-216, Halbertauer zu 200-235 Mk. verkauft.

Gottesdienstordnung.

Karlsruhe. 4.10 Uhr Hauptbahnhof, Straßenbahnverbindung ab Schlachthof über Karlsrufer Str.

Stadtkirche St. Stephan. Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion des Männervereins; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Rintheim). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

St. Marienkirche (Mühlhausen). Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: hl. Messe; 10 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Frauen; 11 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 12 Uhr: leutl. Hochamt mit Predigt; 14 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 16 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 18 Uhr: Herz Maria-Bruderschaft. Kollekte für die kath. Jugendpflege.

62. Ja 4. Bad...

Der 4. bad... strigen Samst... and s j i u... ren auf le... ter und Prö... wesentlichen... Der Nachm... des Lande... b und e... woren die... Zahl, die... dern Sch... Württemberg... ihr Erbs... wurden. E... tagsabgeord... in Berlin... um sein Refe... ausfallen m... Darauf erbi... ber, von Leb... Politik refer... Größe der... und danke... bei der Woh... ren die Ausf... Kdmer ford... männerorgani... darn auf die... der Informa... Zum Abgan... bemerkte Prä... politischer... arbeitsminister... Organisations... kommt darauf... denkende Gen... Schlüsse w... den besten Er... Möglichst w... lungungen wu... in der sich... den verschied... fragen aufgef... span sich über... den verschied... für: Orden... Zur Behandl... mission gebild... der Windhor... Standpunkt... Schwarz-rol-... Aus dem 29... herbor, das... teilungsblatt... Freiburg und... greuben. Die... stehende gab... Vertreter d... kanisatorische... Dem Kaiser r... len eraben d... nen hinzukam... kühn. Gegen... Worten des D...

Reich... Berlin, 26... die aufen p... Regierung u... herbe heranzu... der Zwecklosig... legt hatten. ... Aussprache u... Bayerische Vol... einigung konn... identifizieren... voll und ganz... Die Sprecher d... parteller Graf... teiler Professo... heute darauf... den Fall der U... Unterfützung... Von den Op... führungen des... politikers Pro... schnitt. Jedem... male Sprecher... lichen und pl... Nachrednern a... Gebisch formu... famten sieben... fionalen und... dem bekannter... wie vor unverb... ändung des... wird wohl and... die heutige R... sichtlich links... Vorbereitung u... geanten endg... len ansieht... laon sehr weit...